

5. Das Zentrale Aufnahmeheim in Barby

5.1. Die Errichtung des Heimes

1958 wuchs die Zahl der Übersiedler von der Bundesrepublik Deutschland in die DDR rapide. Wurden 1957 in Schönebeck, bis dato eines der Aufnahmeheime der DDR, noch 6 443 Personen betreut, so kamen ein Jahr später bereits 8 138 Menschen. Dabei verzeichneten die Behörden vor allem in den letzten Monaten des Jahres 1958 einen starken Anstieg. Doch das Aufnahmeheim Schönebeck-Salzelmen stieß an seine Kapazitätsgrenze und galt als nicht mehr erweiterbar.²²³ Daher begaben sich die staatlichen Stellen der DDR auf die Suche nach einem Ersatz. Dabei fiel die Entscheidung zwischen Schloss Bebertal (Kreis Haldensleben), Schloss Möckern, Baracken der ehemaligen Luftwaffe in Tangermünde sowie dem Schloss Barby. Nach einer Besichtigung des von 1 687 bis 1 715 erbauten Schlosses am 5. November 1958 durch Abgesandte des Innenministeriums fiel de facto bereits die Entscheidung für Barby. In der Niederschrift des Mdl hieß es, *daß dieses Objekt für die gedachten Zwecke als besonders günstig angesehen werden kann.*²²⁴ In dem neuen Heim sollten zwischen 800 und 1 000 Menschen untergebracht werden. Schönebeck hatte zum Vergleich am Ende seiner Existenz 324 Betten. Durch den ständigen Zustrom von Rückkehrern und Zuziehenden musste, so das Mdl, schnell eine Entscheidung getroffen werden, *da durch die derzeitige Überbelegung des Aufnahmeheimes Schönebeck die Sicherheitsfrage nicht mehr gewährleistet war.*²²⁵ Die Entscheidung für Barby fiel rasch, nachdem das Verteidigungsministerium der DDR das Objekt freigegeben hatte. Dieses hatte zuvor geplant, dort als Nachfolge der sowjetischen Truppen, welche 1957 das Schloss verlassen hatten, ein Luftschutzbataillon oder eine Schule für kraftfahrzeugtechnisches Personal einzurichten.²²⁶ Schließlich wies der Stellvertretende Minister des Inneren, Staatssekretär Grünstein, am 20. 11. 1958 an, *dass zur Erhöhung der Kapazität des Aufnahmeheimes im Bezirk Magdeburg auf 800... im Objekt Barby, Kreis Schönebeck, ein Aufnahmeheim einzurichten war.*²²⁷ Eigentlich

223 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 3570.

224 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32159.

225 Ebenda.

226 Vgl. DO 1, 34.0, Nr. 32159. In einem Bericht an das Zentralkomitee der SED durch die Abt. Innere Angelegenheiten des Mdl vom 28. 11. 1959 wurde mitgeteilt, dass in Eisenach statt 500 nach dem Umbau 700 Plätze und in Pritzier 400 zur Verfügung stehen würden. Das Aufnahmeheim in Rudolstadt sollte durch eines in Saasa (Eisenberg) mit einer Kapazität von 300 Betten ersetzt werden, wie auch das in Schönebeck durch jenes in Barby mit 800 Betten. In Barby befand sich folglich das größte Aufnahmeheim der DDR. (Vgl. ebenda.)

sollte eine Teilnutzung des Heimes bereits im Februar 1959 beginnen, doch diese verzögerte sich bis Mai, da wichtige Instandhaltungsmaßnahmen nur sehr schleppend vorankamen, die fehlende Arbeitsmoral der Bauarbeiter wurde beklagt, ebenso falsche Planung und fehlende Baustoffe. Mehrmals musste die Übergabe von Bauabschnitten hinausgeschoben werden. Selbst in fertigen Teilen waren ständig Reparaturen auszuführen.²²⁸ Nichtsdestotrotz nahm das Heim im Mai seine Tätigkeit auf.

20 Jahre wurde das Barbyer Schloss als Aufnahmeheim für Übersiedler aus der Bundesrepublik genutzt. Doch nach der Hochzeit der Übersiedlerzahlen Ende der 50er/ Anfang der 60er Jahre kamen im Anschluss an den Berliner Mauerbau immer weniger Übersiedler. Daher schloss das Innenministerium der DDR nach und nach die Aufnahmeheime und konzentrierte die Übersiedler im Zentralen Aufnahmeheim Röntgenthal bei Berlin. Zunächst schlossen 1972 die Aufnahmeheime in Berlin-Blankenfelde und Pritzier, nachdem Eisenach zuvor schon nicht mehr genutzt wurde.²²⁹ 1979 folgten die Heime in Saasa und Barby. Im Befehl des Innenministers zur „Zentralisierung und weiteren Erhöhung der Wirksamkeit des Aufnahmeverfahrens bei Rückkehrern und Zuziehenden“ vom 13. Juni 1978 hieß es lapidar unter 4.1.: *Die Tätigkeit in den Zentralen Aufnahmeheimen Barby und Saasa ist ab 1. Mai 1979 einzustellen.*²³⁰ Allerdings schlossen die Heime offiziell nicht wegen mangelnder Auslastung, auch wenn dies der Fall war. Im Befehl des Innenministers hieß es sogar: *Die politischen und sozialen Fortschritte in der DDR werden zunehmend mehr von Bürgern, die ihren Wohnsitz in der BRD oder Westberlin haben, zum Anlaß genommen, sich diesem menschenfeindlichen imperialistischen System und den ihm innewohnenden sozialen Unsicherheiten zu entziehen, indem sie um die Aufnahme in die DDR ersuchen.*²³¹ Nach der Schließung des Aufnahmeheimes wechselte das Schloss in die Rechtsträgerschaft der Staatlichen Archivverwaltung Potsdam und wurde zum Teil als zentrales Grundbucharchiv der DDR genutzt. Heute befindet sich dort das Grundbucharchiv von Sachsen-Anhalt.

Mit der Schließung des Heimes endete allerdings das Kapitel von Aufnahmeverfahren für Übersiedler in Barby noch nicht. Denn seit 1969 bestand in Barby neben dem „großen“ Aufnahmeheim noch das Bezirksheim für Magdeburg, welches zuvor in Loburg angesiedelt war. Seit 1960/61 musste jeder Bezirk der DDR solch ein Heim errichten, um Personen aufzunehmen,

227 BArch Berlin, DO. 1, 2.2., Nr. 62051.

228 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16112.

229 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 58717.

230 BArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 58949.

231 Ebenda.

deren Aufnahmeverfahren länger dauerte. In einer Sitzung am 27. März 1969 beschloss der Rat des Bezirkes Magdeburg (Beschluss 29-7/69) die Verlegung des Bezirksheimes auf das Territorium des bestehenden Zentralen Aufnahmeheimes Barby. Es blieb dabei eine nachgeordnete Einrichtung der Abt. Innere Angelegenheiten des Rat des Bezirkes, nutzte aber auch Einrichtungen des Zentralen Aufnahmeheimes. Diese Verlagerung wurde zuvor intensiv beraten, so mit der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, dem Chef der BDVP und dem Innenministerium. Loburg entsprach mit seinen zwei Holzbaracken, der *schlechten territorialen Lage* und dem *baulichen Zustand in keinster Weise mehr den politischen, sicherheitsmäßigen und hygienischen Erfordernissen*²³², dies habe, so der Rat des Bezirkes, die Tätigkeit der Sicherheitsorgane im Heim negativ beeinflusst. Barby hatte den Vorteil der guten Sicherheitslage und dem Vorhandensein einer staatlichen Aufnahmekommission, die eine schnellere und gründlichere Überprüfung der Übersiedler ermöglichen sollten.²³³ Außerdem konnten in Barby bessere Arbeitsmöglichkeiten für die Heimbewohner angeboten werden. Sie sollten vor allem in der Bauwirtschaft des Landkreises Schönebeck²³⁴ eingesetzt werden, später arbeiteten Übersiedler u. a. im Volkseigenen Betrieb (VEB) Maisan und in Traktorenwerk Schönebeck. Insgesamt belegte das Bezirksheim 33 Räume in einem ehemals vom Zentralen Aufnahmeheim als Quarantäne genutzten Gebäudes in der Schleiermacher Straße. Zwischen Zentralem Aufnahmeheim und Bezirksheim sollte im übrigen eine strikte räumliche Trennung eingehalten werden, Kontakte zwischen den jeweiligen Bewohnern waren nicht erwünscht. Das Heim bot insgesamt Platz für 50 Übersiedler, wobei nach einem Bericht eines IM von 1973 nur 30 Betten stets vorhanden waren. Ebenso wie das ZAH hatte das Bezirksheim Küche, Kultur- und Fernsehraum, Büroräume sowie die Unterkünfte der Übersiedler, verteilt über 3 Etagen.²³⁵

Übersiedler kamen im Laufe der Jahre durch die allgemeine Rückentwicklung der Übersiedlerzahlen immer weniger nach Barby. So berichtet die Jahresanalyse des Jahres 1981 durch den Heimleiter Alfred Münch nur von 12 Rückkehrern und 26 Zuziehenden. Auch die Zusammensetzung der Übersiedler wandelte sich gegenüber den 60er Jahren, anstatt vieler junger Menschen wollten nun viele Rentner ihren Lebensabend in der DDR verbringen. Die Gründe hierfür müssten noch genauer untersucht werden. Von den 38 Übersiedlern im Jahr 1981 waren bereits 33 Rentner. Die anderen gaben

232 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 5085.

233 Vgl. ebenda.

234 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16058.

235 Vgl. BStU, Außenstelle Magdeburg, AIM 185/65, Bd. 8, Blatt 81ff.

soziale Unsicherheit, Eheschließungen oder Familienzusammenführungen als Übersiedlungsgründe an.²³⁶

Nach den Gesetzen der DDR hätte das Heim 1989/90 noch einmal eine Blüte erleben können, weil eigentlich jeder Rückkehrer aus der Bundesrepublik Deutschland wie bisher auch in ein solches eingewiesen hätte werden müssen. Doch sie blieb aus. Allerdings stand das Heim noch 1990 auf einer Liste von Einrichtungen des Bezirkes Magdeburg, welche am 14. 10. 1990, dem Tag der Wiedergründung von Sachsen-Anhalt, noch existierten. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten dort noch drei Personen.²³⁷

5.2. Die Tätigkeit des Aufnahmeheimes Barby

Wie den anderen vier Aufnahmeheimen oblag es dem in Barby auch, die Übersiedler zu überprüfen und die Einweisung in die DDR vorzubereiten. Die Überprüfung sollte an den Tag bringen, ob der Übersiedler den Ansprüchen der Gesetze und Verordnungen der DDR entsprach, wie es in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben wurde. In Zusammenarbeit von Heimleitung, Polizei und MfS wurde entschieden, wer in die DDR übersiedeln könne, wer zurückgeschleust werden sollte oder verhaftet wurde. In den Monatsberichten des Barbyer Heimes gaben die Verfasser zum Teil auch die Anzahl der Verhaftungen an. So nahmen MfS im August 1960 6 Menschen und die K der VP 5 fest, im folgenden Monat das MfS 5 und die K einen, im November gab es drei Verhaftungen durch das MfS und 5 durch die Kriminalpolizei. Der Dezember 1960 brachte 10 Verhaftungen durch die Staatssicherheit und 7 durch die Polizei.²³⁸ Diese Zahlen können nicht generalisiert werden, da keine weiteren Quellen dazu vorhanden waren. Im Heim arbeitete ebenfalls eine Kommission zur arbeits- und wohnraummäßigen Unterbringung der Rückkehrer und Zuziehenden. Hier wurden u. a. die Berufe und Qualifikationen der Übersiedler erfasst, um sie dann auf die einzelnen Bezirke aufzuteilen.

Doch die Arbeit im Aufnahmeheim Barby verlief vor allem in der Anfangsphase nicht ohne Schwierigkeiten. Noch im Laufe von des Jahres 1959 kontrollierten mehrere staatliche Institutionen, vom Mdl bis zur BDVP, das Heim und stellten in deren Augen eklatante Mängel fest. (Dok. 18) Zum einen beim Personal oder wie es hieß, in der *kadermäßigen Zusammensetzung*. Ein Situationsbericht des VPKA beschrieb, dass *in Barby ... teilweise Zustände (herrschen), die keinesfalls vom sicherheitsmäßigen Standpunkt geduldet*

236 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16831.

237 Vgl. ebenda, Nr. 12955.

238 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 24, BDVP Magd. 1961-75, Nr. 808.

werden dürfen.²³⁹ Dem Leiter des Heimes, Genossen Willi Fährmann, warf das VPKA einen schlechten Lebenswandel und mangelnde Autorität vor. Er wurde noch 1959 beurlaubt und kommissarisch durch den Kulturleiter Rothe ersetzt. Zwei Mitarbeiter, ein Kultur- sowie ein Haushaltssachbearbeiter, wurden wegen früherer Mitgliedschaft in der NSDAP bzw. SA entlassen. Selbst der Parteisekretär galt durch seine Herkunft aus dem *bürgerlichen Mittelstand* als nicht tragbar. Neben der schlechten Arbeit des Heimes war, so das VPKA, auch das Verhalten der Heimbewohner *nicht in jedem Fall das Beste*. Viele würden zu stark dem Alkohol zusprechen, oft gebe es Schlägereien im Heim oder mit Barbyer Einwohnern. Das Verhältnis zwischen dem Ort und dem Heim, darauf lassen die Akten schließen, scheint in einigen Fällen nicht gut gewesen zu sein. Allerdings muss festgehalten werden, dass in den Akten und Berichten meist negative Sachverhalte vermerkt wurden, so dass diese Aussage relativiert werden muss. Aus heutiger Sicht kann man dem Aufnahmeheim eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung für den Ort Barby zubilligen. Zum einen arbeiteten dort einige Einwohner der Stadt, zum anderen sorgten die Heimbewohner auch für Umsatz in den städtischen Gastwirtschaften und bei Händlern. Dies sah das Schönebecker VPKA allerdings nicht so positiv: *Die Besitzer* (die Gastwirte – J. M.) *sind in erster Linie daran interessiert, viele Heimbewohner in ihre Lokale zu bekommen* und schenken dabei *bedenkenlos alkoholische Getränke*²⁴⁰ aus. Allerdings waren nicht nur die Gastwirte den Polizisten ein Dorn im Auge. In ihrem Bericht hielten sie 1959 auch fest, dass in Barby mindestens 13 weibliche Personen Heimbewohner regelmäßig bei sich übernachteten gelassen hätten.²⁴¹ Fast enttäuscht heißt es weiter: *Es konnte jedoch nicht festgestellt werden, daß diese weiblichen Personen eine Gegenleistung für den Geschlechtsverkehr verlangten.*²⁴² Das Verhältnis Heim-Ort war also nicht frei von Spannungen, zumindest in der Anfangszeit, was auch nicht unverständlich sein kann, wenn man die Relation der Einwohnerzahl Barbys mit 5 000 und der Kapazität des Heimes mit einer Belegung von zum Teil über 700 Übersiedlern bedenkt.

In der Anfangsphase des Heimes kümmerten sich 53 Zivilbeschäftigte²⁴³ (Stand 15. 8. 1959, hinzu kommen noch einige noch nicht besetzte Positio-

239 Ebenda.

240 Ebenda.

241 In dem Bericht werden sie als Personen mit *häufig wechselnden Geschlechtsverkehr* bezeichnet. (Vgl. ebenda.)

242 Ebenda.

243 Dazu gehörten neben Heim-, Kultur- und Wirtschaftsleiter noch die Mitarbeiter in Küche und Wache, Reinigungskräfte, Krankenschwestern, Heizer und Fahrer. (Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16112.)

nen) und die Mitarbeiter von Polizei und MfS um die ankommenden Übersiedler. Über die Zahl der MfS-Mitarbeiter kann keine Aussage getroffen werden, insgesamt arbeiteten zu dieser Zeit 7 Mitarbeiter der Deutschen Volkspolizei aus den Abteilungen K und PM im Heim. Sie sollten jedoch laut einer Analyse vom 17. 9. 1959 aufgrund der stetig steigenden Übersiedlerzahl auf 10 Stellen K und 6 des Paß- und Meldewesens erhöht werden. Um Sicherheit und Ordnung zu garantieren, hatten die Polizisten eng mit den Mitarbeitern des Heimes sowie der Staatssicherheit zusammenzuarbeiten.²⁴⁴

Im Schloss waren zu dieser Zeit eine Männer-, Frauen- und Familienstation, eine Bibliothek, ein Kultur- sowie Speisesaal und später zeitweise ein Kindergarten untergebracht. Das Jahr 1960 brachte noch einmal eine Änderung im Aufnahmeverfahren. Im Mittelteil des Schlosses wurde eine Quarantänestation eingerichtet, welche zur Erstaufnahme der Übersiedler dienen sollte. Dabei wollten die Sicherheitsorgane eine strikte Trennung zwischen Bewohnern und Neuankömmlingen erreichen, um die „Neuen“ unbeeinflusst befragen zu können. Erst nach dem Quarantäneaufenthalt wurden die Rückkehrer und Zuziehenden auf die entsprechenden Stationen verteilt. Zu diesem Zeitpunkt kamen täglich zwischen 40 und 60 Menschen in Barby an, vor allem viele Jugendliche, welche sich dem Wehrdienst in der Bundesrepublik entziehen wollten.²⁴⁵ In der Quarantäne arbeitete ab dem 21. 5. 1960 die Polizei im 2-Schicht-System mit je 8 Mitarbeitern der K und 6 des Paß- und Meldewesen sowie ein Kriminaltechniker in sechs Räumen. Das Ministerium für Staatssicherheit belegte 3 Räume in der Quarantäne. Hinzu kamen eine Bildstelle, Sanitätsraum und ein Tages- und Aufenthaltsraum, ausgelegt war die Quarantäne für 64 Personen. Selbst in der Nacht hatten stets ein Vernehmer des MfS und der K der VP im Heim anwesend zu sein.²⁴⁶ Nachdem 1959/60 die Übersiedlerwelle den Höhepunkt erreichte, sanken die Zahlen ab 1961, besonders nach dem Bau der Berliner Mauer, um mehr als 50%. Täglich kamen nur noch 13-17 Personen, was eine Auslastung von durchschnittlich 400 Personen bedeutete. Noch ein Jahr zuvor war das Heim nahezu stets voll ausgelastet. Dies hatte zur Folge, dass die Volkspolizei ihre Mitarbeiterzahl ab 1962 verringerte.²⁴⁷ Aufgrund der *täglich zunehmenden*

244 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 24, BDVP Magd. 1952-60, Nr. 240.

245 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 3573. Genaue Zahlenangaben zu den Wehrflüchtigen werden allerdings nicht gemacht.

246 Vgl. BAArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 23881.

247 Vgl. BAArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 16/4. Als Beispiel sei die Entwicklung der Übersiedlerzahlen von Mai 1961 bis September 1962 genannt: Mai 1067, Juni 1020, Juli 1071, August 1193, September 1033, Oktober 969, November 714, Dezember 849. 1962 kamen im Januar 652 Übersiedler, im Februar 554, im März 623, im April 646, Mai 527, im Juli 487, im August 424 und schließlich im September 319 Rückkehrer und Zuziehende. (Ebenda.)

*Verelendung breitetester Schichten der Bevölkerung in Westdeutschland und Westberlin*²⁴⁸ (Dok. 11), so ein Bericht der Abt. Innere Angelegenheiten des Rat des Bezirkes Magdeburg vom 12. 12. 1960, kamen noch im November 1960 1 430 Übersiedler (810 Rückkehrer und 620 Erstzuziehende), wovon 40-50 Prozent im Alter von 15-50 Jahre gewesen sein sollen. Vor allem bei den Erstzuziehenden stieg die Zahl der Jugendlichen, die Berichterstatter nahmen an, dass dies an deren Entziehung von der Wehrpflicht in *der Bonner NATO-Armee* liege.²⁴⁹ Ein Jahr später hatte sich die Zahl der Übersiedler bereits halbiert und sie sank weiter. Der Bericht des Aufnahmeheimes Barby weist zum Beispiel für das 2. Quartal 1969 nur noch 255 Übersiedler aus, so dass zu diesem Zeitpunkt der im Heim befindliche Kindergarten geschlossen und schulpflichtige Kinder nicht mehr dort unterrichtet wurden.²⁵⁰

Laut einer Bevölkerungsanalyse des Rates des Bezirkes Magdeburg für den Zeitraum 13. 8. 1961 bis zum 30. 4. 1964 durchliefen exakt 11 769 Personen das Aufnahmeheim, darunter 4 547 Zuziehende, dies entsprach in etwa der Summe eines Jahres wie 1959 oder 1960. Unter den Übersiedlern waren 6 985 Männer, aber nur 2 019 Frauen und 2 216 Kinder.²⁵¹ Von den 11 769 Übersiedlern befanden sich 5 174 im Alter zwischen 15-25 Jahren, lediglich 123 waren über 65. Ein Verhältnis, welches sich später änderte, als dann Rentner die überwiegende Zahl der Übersiedler stellten. Doch nicht nur diese knapp 12 000 wollten in die DDR übersiedeln, insgesamt wies das Aufnahmeheim Barby auch noch 2 784 Personen zurück. *Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Personen, die bereits des öfteren straffällig wurden bzw. nicht die Gewähr bieten, in unserem Staat ein geordnetes Leben zu führen*, so die Bevölkerungsanalyse des RdB weiter.²⁵² Der Bau der Berliner Mauer oder wie der Barbyer Heimleiter Ernst Krieg auf einer Heimleitertagung am 27. 9. 1961 sagte: *die Durchsetzung der Sicherungsmaßnahmen*, wirkte sich auch auf die Aufnahmeheime aus. In Barby, so Krieg, seien *fast täglich provokatorische Schmierereien* festgestellt wurden. Auch beklagten sich die Heimleiter über das vermeintlich immer *schlechtere Niveau der Heimbewohner*. In Barby wurde daraufhin der Ausgang auf 22 Uhr und nur noch mittels Passierschein mit einem Lichtbild verkürzt. Allerdings hatte das Innenministerium schon im Mai 1961 festgestellt, dass in Barby *auffallend viele asoziale und kriminelle Elemente* um Aufnahme in die DDR baten, diese

248 Landearchiv Magdeburg -LHA- Rep.- M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16112.

249 Vgl. ebenda.

250 Vgl. Landearchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 7686.

251 Vgl. Landearchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 24, BDVP Magd. 1961-75, Nr. 822.

252 Ebenda.

aber schlechte Arbeit verrichteten, Schlägereien provozierten und sich dem Alkohol hingaben.²⁵³ Vor allem nach dem Mauerbau stieg auffallend die Zahl der Rückschleusungen. Wurden anfänglich 10% aller Übersiedler zurückgebracht, vermerkte der Monatsbericht 1966 des Aufnahmeheimes Barby eine Quote von 66 Prozent, d. h. von 3 Übersiedlern wurden 2 in die Bundesrepublik oder Westberlin zurückgewiesen.²⁵⁴ In den 70er Jahren sogar bis zu 80 Prozent. Doch dieser Anstieg der Rückweisungen hatte nicht zwangsläufig damit zu tun, dass angeblich „schlechtere“ Menschen um die Aufnahme in die DDR ersuchten, vielmehr überprüften die Sicherheitsorgane – Volkspolizei und Staatssicherheit – die Rückkehrer und Zuziehenden intensiver und legten strengere Maßstäbe bei der Beurteilung an. Der Grund dafür lag in der allgemeinen Befürchtung, dass unter den Übersiedlern westdeutsche Agenten sein könnten, da ja durch die Grenzschießung andere Einreisewege verschlossen waren. Bereits im April 1961 hatte ein Stasi-Mitarbeiter im Aufnahmeheim Barby in einer Diskussion der Mitarbeiter beschrieben, dass eine Vernehmung durch die Staatssicherheit bis zu 6 Tage dauern könne und kritisierte dabei die Genossen der Kriminalpolizei, welche es bei vier Stunden je Übersiedler belassen würden.²⁵⁵

Im übrigen war es für Außenstehende, wie z. B. Journalisten, nicht gestattet, im Heim Bildaufnahmen zu machen oder mit Heimbewohnern zu reden. Sie benötigten stets eine Erlaubnis des Innenministeriums, Gespräche konnten nur mit von Heimleitung und Sicherheitsbehörden ausgesuchten Übersiedlern stattfinden. Diese wurden dann zur *journalistischen Verwertung* freigegeben.²⁵⁶ Häufig besuchten auch ausländische Journalisten das Aufnahmeheim Barby, so zum Beispiel am 20. 8. 1965 u. a. von der Canadian Tribune, Reuter (England), Prawda, Volksstimme Wien, Rode-Vaan (Belgien).²⁵⁷ Regelmäßig waren die DDR-Nachrichtenagentur ADN, der Deutsche Fernsehfunk, Volksstimme und Junge Welt in Barby zu Gast, selbst die DEFA drehte einen Dokumentarfilm über das Barbyer Aufnahmeheim. (Dok. 14, 15)

Für die Sicherheitsbehörden war das Auswählen von Vorzeigehewohnern für die Presse noch die geringste Aufgabe. In der sogenannten „7/57er Kommission“²⁵⁸ (später IX/12 bzw. IX/29 oder auch Sicherheits-

253 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 28416.

254 Vgl. Landearchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 7684.

255 Vgl. Landearchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 24, BDVP Magd. 1961-75, Nr. 808.

256 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 27014.

257 Vgl. Landearchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 7683.

258 Später wurden die Kommissionen nach der jeweils gültigen Dienstanweisung benannt, so „IX/12“- oder „IX/20“- Kommission.

kommission) entschieden MfS, Polizei und Heimleitung gemeinsam über Rückschleusungen und Sicherheitsfragen im Heim. (Dok. 12, 13) Allerdings bestand in der Anfangsphase des Heimes das Problem, dass die *Genossen des MfS* Unterlagen der Übersiedler längere Zeit zurückhielten, wenn sie eine Person näher durchleuchten wollten. Dadurch konnte die Kriminalpolizei zum Teil ihre Aufgaben nur mit einer zeitlichen Verzögerung ausführen. Dabei wurde beklagt, dass deswegen einige Rückschleusungen zu spät erfolgt wären. Um dieses Problem zu beseitigen, einigten sich die beteiligten Sicherheitsorgane Ende 1959 darauf, dass zuerst die Kriminalpolizei die Fragebögen und Unterlagen der Übersiedler, die von den Mitarbeitern der Abteilung Paß- und Meldewesen aufgenommen wurden, zur Bearbeitung erhielten.²⁵⁹ Somit ging der Weg der Unterlagen vom Paß- und Meldewesen der Polizei über die Genossen der Kriminalpolizei zu den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Volkspolizei stellte die BDVP die Aufgabe, durch eine *allseitige und gewissenhafte Überprüfung der Rückkehrer und Zuzüge, ... das Eindringen von feindlichen Elementen weitgehendst unmöglich zu machen.*²⁶⁰ In einem Kontrollbericht der Bezirksverwaltung der Volkspolizei vom 27. 9. 1965 wird dann die Zusammenarbeit von Polizei, MfS und Heimleitung als gut eingeschätzt. Zu dieser Zeit führten die oben genannten Organe zweimal in der Woche Beratungen durch.²⁶¹

„Betret“ wurden die Übersiedler nicht nur von der Polizei/MfS, sondern auch von zivilen Beschäftigten (Dok. 17), die u. a. für Verpflegung und medizinische Betreuung sorgten. Für das Heim arbeiteten neben Krankenschwestern noch in den 60er Jahren als verantwortlicher Arzt Dr. Schulte-Derne sowie ein Zahnarzt und Kinderarzt.²⁶² Nichtsdestotrotz wurden die hygienischen Zustände im Aufnahmeheim mehrmals beklagt, ebenso beschwerten sich Heimbewohner über das angeblich schlechte Essen im Heim. So konnte 1960 durch mangelnde Belieferung der Mindestbedarf des Heimes zum Teil nicht immer gedeckt werden, das waren u. a. 60-70 kg Quark, 100 kg Käse oder 120 kg Fisch für jeweils 10 Tage.²⁶³ Die Verpflegung selbst sollte pro Kopf nicht mehr als 2 Mark kosten, so erhielt 1961 jeder Heimbewohner innerhalb von 10 Tagen 1 000 g Fleisch und Wurst sowie 300g Butter, 150g Margarine, 80g Schmalz u. a.²⁶⁴ Die Ausgabe von Wein, Spirituosen, Bier und Tabakwaren war nicht gestattet.

259 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16112.

260 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 24, BDVP Magd. 1961-75, Nr. 808.

261 Vgl. ebenda.

262 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16112.

263 Vgl. ebenda.

264 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16118.

Das Zusammenleben auf engstem Raum war für viele Heimbewohner nur schwer zu ertragen, hin und wieder kam es zu Schlägereien, Diebstählen, selbst Mitarbeiter des Heimes wurden tödlich angegriffen. So zum Beispiel Ernst Krieg, seit 1961 Leiter des Heimes, der im Oktober 1962 (Dok. 16) von einem Heimbewohner angegriffen, gewürgt und nur mit der Hilfe von weiteren Mitarbeitern „befreit“ werden konnte. Gegen den Täter wurde Haftbefehl erlassen und es ist zu vermuten, dass er in die Bundesrepublik zurückgeschickt wurde.²⁶⁵ Zu einem wohl denkwürdigen Ereignis kam es am 16. März 1963 als sieben Heimbewohner um das Hauptgebäude marschierten, das *Deutschlandlied* und *Horst-Wessel-Lied* sangen und Hochrufe auf Adenauer und die Bundesrepublik Deutschland ausstießen. Auch hier griffen die Sicherheitsorgane sofort ein und verhafteten die *Anstifter*.²⁶⁶ Ernst Krieg sollte im übrigen, um noch einmal auf das Thema Staatssicherheit zurückzukommen, 1964 von einem Mitarbeiter des MfS abgelöst werden. Der Leiter der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Magdeburg schlug in einem Schreiben vom 5. 5. 1964 an das Innenministerium vor, Krieg durch einen operativen Mitarbeiter des Magdeburger Bezirksverwaltung des MfS abzulösen. Allerdings zerschlug sich diese geplante Kaderveränderung und Krieg blieb bis zur Pensionierung Leiter des Aufnahmeheimes in Barby.²⁶⁷

Zum Abschluss sei noch eine besondere Episode in der Geschichte des Barbyer Aufnahmeheimes erzählt. Vom 22. November 1973 an bis zum Frühjahr 1974 befand sich hier als Rückkehrer der Entertainer Achim Mentzel. Er war am 1. Juni 1973 nach einem Konzert des Orchesters Alfons Wonneberg in Westberlin²⁶⁸ dort geblieben und dann nach Spiegen-Elversberg im Saarland umgezogen. Mentzel wurde also *republikflüchtig*. Er arbeitete als Auspuffanlagenschweißer und nebenbei machte er Musik in einem Nachtclub. Nach einem halben Jahr hatte er vom Westen *die Schnauze voll* und wollte wieder zurück zu seiner Verlobten. Ein Ostberliner Staatsanwalt, bei dem diese mit dem Anliegen der Rückkehr vorsprach, stellte eine „milde Strafe“ in Aussicht und so kehrte Mentzel 1973 in die DDR zurück. An der GÜST „Friedrichstraße“ in Ostberlin sagte er einem Grenzer: „Ich melde mich zurück.“²⁶⁹ Dieser, solch eine Situation scheinbar nicht gewohnt, verstand zunächst nicht, was Mentzel wollte. Erst nachdem ein zweiter hinzugezogen wurde, brachte man ihn in das berühmte Polizeipräsidium in der Keibelstraße Ostberlins. Dort wurden er und seine Mitbringsel gefilzt und eine erkennungs-

265 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16112.

266 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16118.

267 Vgl. ebenda.

268 Das Konzert fand im Rahmen eines Festes der Deutschen Reichsbahn statt, diese betrieb nach Beschluss der Alliierten auch in Westberlin die S-Bahn.

269 Mentzel im Gespräch mit dem Autor am 26. Februar 2000.

dienstliche Behandlung (Fotos, Fingerabdrücke) durchgeführt. Dann fand das erste Verhör statt. Mit seinen dortigen Aussagen über Kontakte, Arbeit, Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland wurde er in späteren Verhören in Barby konfrontiert. So hatte Mentzel die Namen zweier Musiker verwechselt, daraus wollten ihm die Sicherheitsbehörden im Aufnahmeheim einen Lügenstrick drehen. Am nächsten Tag vollführte die Polizei eines ihrer „psychologischen Einschüchterungsspielchen“ mit einer ihnen ausgelieferten Person. Nach dem Frühstück wurde er zunächst zur Staatssicherheit in Hohenschönhausen gefahren, dort führte man ein Verhör mit dem selben Fragen des Vortages durch. Immer wieder seien die gleichen Fragen gestellt worden, so Mentzel.

Am Nachmittag des 23. November wurde er in einen Barkas samt Hab und Gut verfrachtet und von der Staatssicherheit nach Pankow gefahren, seinem alten Wohnviertel. „Ich dachte, es geht nach Hause“²⁷⁰, so Mentzel. Man fuhr ihn sogar direkt an seiner Straße vorbei, doch nach Hause ging es für den Musiker nicht, sondern in unbekannte Gefilde. Auf Fragen Mentzels, wohin man ihn brächte, gab es keine Antwort. Am Abend erreichten er und seine Begleiter Barby. Das Aufnahmeheim wurde für die nächsten neun Wochen der erste „Wohnsitz“ nach seiner Rückkehr in die DDR. Nach einer Woche in der Quarantänestation wurde er in einem 4-Bett-Zimmer untergebracht und konnte als Heizer arbeiten, obwohl er dies zuvor noch nie getan hatte. Aber, so Mentzel, dies hatte den Vorteil, dass man nicht ständig die, besonders zur Weihnachtszeit, deprimierten Menschen um sich haben musste. Vor allem unter den älteren Rückkehrern herrschte zu dieser Zeit das reinste „Geheule“, so Mentzel weiter. Durchschnittlich hielten sich während der neun Wochen zwischen 40 und 50 Übersiedler im Heim auf. Der Musiker empfand, wie viele andere Heimbewohner ebenso, den Aufenthalt seelisch belastend, nur, dass er auf seiner mitgebrachten Gitarre im Heizhaus rocken konnte. Unterbrochen wurden die 12-Stunden-Schichten durch die regelmäßigen Verhöre der Sicherheitsorgane. Wie oben bereits erwähnt, machte man Mentzel die Verwechslung zweier Namen während einer Vernehmung in Berlin nun zum Vorwurf, er habe „seine Legende nicht richtig gelernt“, hieß es. Reinste Einschüchterungstaktik sei es gewesen, so Achim Mentzel. Die Befragungen durch die Sicherheitsorgane entsprachen dem üblichen Vorgehen. Wichtig war ihnen das Notaufnahmeverfahren in der Bundesrepublik und was er im Westen über sein Leben in der DDR, vor allem die Armeezeit, erzählt hatte. Hinzu kam, dass sich der Musiker zunächst bei einem Cousin in Westberlin aufgehalten hatte und dort auch von Alliierten befragt wurde. Somit ein weiterer Umstand, der in den Augen der DDR-Behörden Misstrauen erregte und daher genauer untersucht wurde.

270 Ebenda.

Zu Hilfe kamen Achim Mentzel zwei alte Berufskollegen: Orchesterchef Alfons Wonneberg sowie Lutz Jahoda, die ihn überraschend im Aufnahmeheim besuchten. Wonneberg äußerte, dass er „den Achim“ schnell bräuchte, denn er hätte „Beton auf der Stimme“, sprich, er konnte ohne Mühe 40 Lieder an einem Abend singen. Eine Qualität, welche die Wiederaufnahme Mentzels in die DDR beschleunigte, dennoch ging alles seine „geordneten Bahnen“. Eine Woche nach dem Besuch von Wonneberg und Jahoda wurde der damals 27-jährige aus Barby entlassen, kam jedoch noch nicht frei, sondern in das Berliner Bezirksheim nach Weißensee. Wie dort allgemein üblich, hatte er von 8-22 Uhr Ausgang, durfte dabei zu seiner Familie. Nach einer Woche war die mehr als zweimonatige Übersiedlungsprozedur abgeschlossen. Zum Vorteil für Achim Mentzel wirkte sich aus, dass er viele Auftritte zu absolvieren hatte.²⁷¹ Die DDR nahm den Künstler also wieder auf. Doch das Kapitel „Rückkehr“ war damit noch nicht abgeschlossen. Rund ein halbes Jahr nach der „Entlassung“ in die DDR erhielt Achim Mentzel ein Schreiben des Pankower Gerichtes mit einer Vorladung zur Verhandlung seiner „Republikflucht“. Das Urteil schien schon festzustehen, denn der Richter verkündete nach der Aufnahme der Personalien das Urteil: 10 Monate Gefängnis verteilt auf 2 Jahre Bewährung. Trotz vieler Auftrittsangebote konnte Mentzel erst 1987 wieder in die Bundesrepublik reisen. Mentzel: „Ich dachte, ich wäre ihnen sicher, weil ich doch wiedergekommen war.“²⁷² Aber da hatte er geirrt, nun galt er erst recht als Unsicherheitsfaktor, so wie die meisten Zuziehenden und Rückkehrer auch.

271 Mentzel wurde nach seiner Rückkehr in die DDR erst richtig bekannt. Zusammen mit Nina Hagen sang er in „Fritzens Dampfband“. (Vgl. ebenda.) Hagen wählte jedoch Ende der 70er Jahre nach der Biermann-Ausweisung selbst den Weg in die Bundesrepublik, ohne Wiederkehr.

272 Ebenda.



Hauptgebäude des Zentrale Aufnahmeheims: Mittelbau des Schlosses Barby



Das Heizhaus des Schlosses: Arbeitsort für einige Übersiedler



IM DIE DDR ZURÜCKGEHRT ist die Familie des Schlossmeisters Erhard Braske, die hier das Aufnahmeheim Barby verläßt. In Magdeburg wird der Schlossmeister mit seiner Frau und den sechs Kindern ein neues Zuhause finden. Sorge um die Zukunft ihrer Kinder veranlaßt die Familie, nach über zehn Jahren Aufenthalt Westdeutschland wieder zu verlassen.
Foto: ZR, Zehner

Dokument 11: BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32161

403

Aufnahmeheim Barby
Arbeitsgruppe - WF
- Leiter -

Barby, den 7.9.1965
Be.

Aufnahme

In Übereinstimmung mit dem Leiter der Arbeitsgruppe WF in AH Barby wird die westdeutsche Bürgerin

[REDACTED], Brigitte
geb. am 6.7.1947 in Volbert
ledig, keine Kinder
Hausgehilfin
Zunng L.Dg.

in der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen.
Die Einweisung erfolgt am nach Groß Rosenburg Kra. Schönbeck/Elbe.

Begründung:
Die Genannte reiste am 17. Juli 1965 mittels Aufenthaltsgenehmigung in die DDR, beschauweise zu ihrer Schwester nach Gr. Rosenburg ein. Hier reifte dann der Entschluß in ihr für immer in der DDR zu verbleiben. In 24.8.1965 wurde sie in das hiesige Aufnahmeheim eingewiesen. Die Genannte war bis zum heutigen Zeitpunkt noch nie in der DDR wohnhaft. Lediglich in den Jahren 1962 u. 1963 weilte sie beschauweise hier.
Sie bittet darum als Bürgerin der DDR aufgenommen zu werden. Obwohl ihre Mutter noch in der WZ wohnhaft ist, hat sie sich mit dieser nicht besonders gut verstanden und war immer bemüht, von zu Hause weg zu kommen. Das Alleinsein hat sie nun satt und möchte zu ihrer Schwester nach Gr. Rosenburg eingewiesen werden. Die wohnungsmässige Unterbringung bei der Schwester ist vorübergehend gewährleistet. In diesem Zusammenhang wird ihr die Eingliederung in unsere gesellschaftlichen Verhältnisse nicht allzu große Schwierigkeiten bereiten, da sie dort in geordnete Verhältnisse kommt. Die arbeitstässige Unterbringung ist ebenfalls geklärt. Lt. Beschluß der Kamm. vom 6.9.65 kann die Genannte in den Kreis Schönbeck eingewiesen werden. Strafrechtlich ist sie bisher noch nicht in Erscheinung getreten. Ihr Verhalten in hiesigen Aufnahmeheim gab zu keinerlei Klagen Veranlassung. Ihr anfänglich geseigtes schlechtes Verhalten wurde auf Grund einer Aussprache mit ihr geklärt.

i.V. Meyer
Oberleutnant der K

Dokument 12: BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32161

Aufnahmeheim Barby/Elbe Barby, den 25.03.60

B e s c h l u s s
.....

Die Sicherheitskommission des Aufnahmeheimes hat beschlossen, folgende Person nach Westdeutschland zurückzuschleusen:

██████████, Dora geb. 3.10.1928

Grund: Rückkehrer im dritten Durchgang. Vorbestraft vier mal wegen Prostitution und Verbreitung von Geschlechtskrankheiten. Sie ist der lesbischen Liebe verfallen. Ausgesprochene Landstreicherin. Gehört zu ██████████, Edith.

MFS ges. Friedewirth	K ges. Baier	PM ges. Eichner	Heimleiter ges. Rothe
----------------------------	--------------------	-----------------------	-----------------------------

Aufnahmeheim Barby/Elbe Barby, den 25.03.60

B e s c h l u s s !
.....

Die Sicherheitskommission des Aufnahmeheimes hat beschlossen, folgende Person nach Westdeutschland zurückzuschleusen:

██████████, Edith geb. 16.10.33

Grund: Rückkehrer im ersten Durchgang. Vollkommen verwahrlost, Landstreicherin. Ebenfalls der lesbischen Liebe verfallen, gehört zur ██████████ und möchte sich von dieser nicht trennen. 2 mal vorbestraft wegen Hausfriedensbruch und Diebstahl.

MFS ges. Friedewirth	K ges. Baier	PM ges. Eichner	Heimleiter ges. Rothe
----------------------------	--------------------	-----------------------	-----------------------------

Dokument 13: BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 6017

DEFA STUDIO FÜR **WOCHENSCHAU UND DOKUMENTARFILME**

BERLIN WS / OTTO-NUSCHKE-STRASSE 32 5. Dez 1962

Ministerium des Innern
Genosse Generalleutnant Gröschel
B e r l i n W S
Mauerstr.

Ministerium des Innern
Genosse Generalleutnant Gröschel
B e r l i n W S
Mauerstr.
Tel. Nr. 980

Telefon: 20 04 31
Fernschreiber: 9 11 713
Eich: 1116
Kass. Nr. 1/3570

Sehr geehrter Genosse Generalleutnant,

in Ergänzung unseres ersten, an die Pressestelle des Ministeriums gerichteten Antrages auf Besichtigungs- und Drehgenehmigung für unseren Film "Flucht ins Vaterland" (Auftragsfilm des Ausseministeriums) vom 24.11., erbitten wir hiermit die Erlaubnis, in Anschluss an unsere Aufnahmen im Aufnahmeheim Berlin - Blankenfelde und der Aufnahme stelle, Berlin, Neue Königstrasse,

Dreharbeiten im Aufnahmeheim Barby

durchführen zu können. Die Dreharbeiten sind frühestens ab 11.12. 1962 geplant. Den genauen Termin geben wir Ihnen tel. rechtzeitig bekannt, sind jedoch heute schon an Ihrem grundsätzlichen Einverständnis interessiert.

Entsprechend dem, der Pressestelle, Gen. Postelt, übergebenen Szenarium handelt es sich um Aufnahmen folgender Art:

1. Elbpanorama mit Schloß Barby und Heimbewohnern auf dem Gelände am Ufer.
2. Allgemeine Beobachtungen bei Ankunft und Abreise Westdeutscher in die DDR und von Heimbewohnern auf dem Gelände des Schlosses und im Schloss selbst.
3. Interviews (Bild und Ton) mit einigen von der Heimleitung vorgeschlagenen und überprüften Heimbewohnern. Illustration des Gesagten durch Aufnahme bestimmter Details (persönliche Erinnerungen im Gepäck, Papiere, Kleidung, Einrichtung ihres Zimmers, usw.), die die Motive ihrer Flucht verdeutlichen.
4. Soziale, medizinische und kulturelle Betreuung der Heimbewohner.
5. Aussprachen und Vorträge (teilweise mit Ton), in denen die Heimbewohner von Menschen, die

4.12. 1962
Tag
JG/Wt.

Film A 171 "Flucht ins Vaterland"

Sehr geehrter Genosse Generalleutnant,

in Ergänzung unseres ersten, an die Pressestelle des Ministeriums gerichteten Antrages auf Besichtigungs- und Drehgenehmigung für unseren Film "Flucht ins Vaterland" (Auftragsfilm des Ausseministeriums) vom 24.11., erbitten wir hiermit die Erlaubnis, in Anschluss an unsere Aufnahmen im Aufnahmeheim Berlin - Blankenfelde und der Aufnahme stelle, Berlin, Neue Königstrasse,

Dreharbeiten im Aufnahmeheim Barby

durchführen zu können. Die Dreharbeiten sind frühestens ab 11.12. 1962 geplant. Den genauen Termin geben wir Ihnen tel. rechtzeitig bekannt, sind jedoch heute schon an Ihrem grundsätzlichen Einverständnis interessiert.

Entsprechend dem, der Pressestelle, Gen. Postelt, übergebenen Szenarium handelt es sich um Aufnahmen folgender Art:

1. Elbpanorama mit Schloß Barby und Heimbewohnern auf dem Gelände am Ufer.
2. Allgemeine Beobachtungen bei Ankunft und Abreise Westdeutscher in die DDR und von Heimbewohnern auf dem Gelände des Schlosses und im Schloss selbst.
3. Interviews (Bild und Ton) mit einigen von der Heimleitung vorgeschlagenen und überprüften Heimbewohnern. Illustration des Gesagten durch Aufnahme bestimmter Details (persönliche Erinnerungen im Gepäck, Papiere, Kleidung, Einrichtung ihres Zimmers, usw.), die die Motive ihrer Flucht verdeutlichen.
4. Soziale, medizinische und kulturelle Betreuung der Heimbewohner.
5. Aussprachen und Vorträge (teilweise mit Ton), in denen die Heimbewohner von Menschen, die

Bei Besichtigung bitten wir, darauf zu achten, unsere Zeichen zu beachten.

(100) 840 801-1

Dokument 14: BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 442

- 2 -

die Heimleitung eingeladen hat, mit dem Leben in der DDR vertraut gemacht werden.

6. Verabschiedung von Heimbewohnern und ihre Entlassung in die DDR (teilweise mit Ton).

Wir möchten abschliessend noch einmal darauf hinweisen, dass Sie über alle Aufnahmen, die wir in unseren Film verwenden wollen, selbstverständlich vor ihrem endgültigen Einschnitt in den Film informiert werden. Die Tatsache einer unkontrollierten Veröffentlichung von Aufnahmen ungeeigneter Personen und Vertretern des Aufnahmeheims besteht nicht.

Der Drehstab A 171/62 setzt sich aus den bereits im ersten Antrag genannten Kollegen zusammen. Aufnahmeleiter ist jedoch, wie schon telefonisch durchgegeben, Kollege Fritz L a t s k e, der Ihnen auch die Namen und Personalien der Kollegen des erweiterten Drehstabes (Beleuchtung, Bühne, Kraftfahrer) rechtzeitig nennen wird.

Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen im voraus.

VEB DEFA

Studio für Wochenschau
und Dokumentarfilme
Berlin U.S. Otto-Nuschke-Str. 22
FERNRUUF 20 04 01

Mit sozialistischen Gruss

Abraham
- A b r a h a m -
Produktionsleiter

PS.: Da diesen zweiten Antrag weitere für die Aufnahmeheime Pritzier, Saasa, Eisenach und die Aufnahmestellen an den Kontrollstellen der Deutschen Reichsbahn an der Staatsgrenze West folgen würden, mit denen wir gleichlautende oder ähnliche Wünsche für Dreharbeiten ankündigen, bitten wir um einen Vorschlag, den begonnenen umfangreichen Schriftverkehr abkürzen zu können.

Auszüge aus einem „Junge Welt“-Artikel vom 15. September 1962:
(Quelle: BArch Berlin, Bestand 34.0, Nr. 442)

Seit 1959 wurde Barby für Tausende Menschen zum Tor in eine neue Heimat. Seitdem ist der Name dieser 1000jährigen Stadt mit so vielen Menschenschicksalen verknüpft wie nie zuvor. Jeden Abend bringen die Busse von den Grenzübergängen zahlreiche Menschen hierher, die dem Westzonenstaat den Rücken kehren, um im Staat der Arbeiter und Bauern ein gesichertes Leben aufzubauen. Es sind Menschen, die immer mehr spüren, daß die Politik Adenauers und Strauß' sie in den Abgrund eines Atomkrieges führt, daß sich das Unsichere dieser Politik auch immer mehr auf das persönliche Leben auswirkt. Jungen, die nicht weiter in der Bundeswehr für den Überfall auf die DDR drillen lassen wollen, Arbeiter mit ihren Familien, die die steigenden Lebenshaltungskosten ins Elend getrieben haben, Handwerker, Geschäftsleute, die von den Monopolen und Banken niederkonkurriert wurden, Mädchen und Jungen, die erkannt haben, daß es für die Jugend nur im sozialistischen Deutschland eine Perspektive gibt ...

Für viele von ihnen ... ist Barby die letzte Station des Umdenkens und zugleich die erste Bewährung, wieder in unsere Familie aufgenommen zu werden ... Heimleitung und viele Helfer tun alles, um den Aufenthalt in diesem Heim so angenehm wie möglich zu machen, und alle staatlichen Stellen bemühen sich, möglichst kurzfristig die Flüchtlinge in ihre neuen Arbeitsstätten und Wohnorte zu vermitteln ...

In der kurzen Wartezeit, bis die Nachricht aus den Kreisen eingetroffen ist, gibt es für die neuen Bürger der DDR die vielfältigsten Möglichkeiten, sich über das Leben und die Arbeit in der DDR zu informieren. Regelmäßig finden Foren und Vorträge statt. Sehr beliebt sind die differenzierten Aussprachen, zu der Vertreter der volkseigenen Betriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu den Übersiedlern sprechen und aus ihre Fragen nach den Arbeits- und Lebensbedingungen Antwort geben. Auch die Vorträge im Kultursaal finden regen Zuspruch ... Dazu kommen noch Lichtbildervorträge, Filme werden gezeigt. Augenblicklich findet bei den Heimbewohnern der Film „Schaut auf diese Stadt“ große Beachtung, hilft doch gerade er, die Gedanken von Hetze und Verleumdung freizumachen, die jahrelang auf die Menschen einwirkten ...

All das und die vielen Gespräche mit den Genossen der Heimleitung, mit den Vertretern des Bezirksausschusses der Nationalen Front, mit Männern und Frauen des Abgeordnetenabinetts hilft den Übersiedlern, sich sehr schnell in ihrer neuen Heimat zurecht zu finden. Die wenigsten sind mit Vorbehalten in die DDR gekommen. Oft war dieser entscheidende Schritt in ein neues Leben lange und reiflich überlegt. Vielen ist die DDR kein unbekanntes Land, da sie durch unseren Rundfunk und durch das Fernsehen bereits Anteil an unserem Leben nahmen ...

Wir gehen durch die Aufenthaltsräume. An den Tischen wird Schach gespielt, Skat, es wird gelesen. Auf den Bänken vor den Häusern sitzen Gruppen von Mädchen und Jungen, unterhalten sich. Unser Auto hatten wir hinter dem Hauptgebäude abgestellt. Es parkte dort in einer ganzen Reihe von Autos anderer Typen: Volkswagen, Ford-Taunus, Opel, DKW. „Ein Auto ist nicht immer der Ausdruck von hohem Lebensstandard und Existenzsicherheit“, sagt einer der Besitzer. Ehe es ganz bergab gegangen wäre, seien sie lieber in den Staat gekommen, wo es wirklich Lebenssicherheit gibt.

Den Weg, den wir am späten Abend zurück nach Magdeburg fahren, nehmen in jeder Woche viele der Barbyer Heimbewohner. Er führt sie in die neue Heimat, in der das Leben Sicherheit und die Zukunft Gewißheit bieten, weil hier in der DDR auch der Frieden eine Heimat hat.

11

- 2 -

Daraufhin forderte ich ihn auf, mit in das Zimmer 4 zu kommen, wo sich bereits der Gen. Meyer befand, er lehnte ab und weigerte sich. Ich faßte den M. an Arm und sagte nochmals, er solle mitkommen. Der M. riß sich los und sagte nochmals, dass er nicht mitkommen werde. Daraufhin kam der Gen. Meyer aus dem Zimmer 4, ich schilderte diesem den Sachverhalt und bat ihn, den M. aufzufordern zur Feststellung seines Namens in das Zimmer zu kommen. Der Gen. Meyer mußte den M. ebenfalls mehrmals auffordern mit in das Zimmer zu kommen, um die Angelegenheit zu klären. Der Gen. Meyer ging dann in das Zimmer, der M. folgte ihm unmittelbar. Als der M. sich auf der Tüschwelle befand, drehte er sich um und stieß mich mit der Faust vor der Brust, trat mich ausserdem mit dem Fuß an das linke Knie, dass ich im Knie Schmerzen verspürte. Der M. stellte sich dann in Boxerstellung auf. Ich hob ihn in das Zimmer, der Gen. Meyer leistete mir vom Zimmer aus Hilfe. Es hatten sich bereits mehrere Heimbewohner in Flur angefan- den. Die Heimbewohner wollten ebenfalls mit in das Zimmer kommen, ich drängte sie mit einer Hand zurück und versuchte mit der anderen Hand die Tür zu schliessen. Ich mußte also dem M. den Rücken zukehren. In diesem Moment sprang er mir in den Rücken und setzte seinen rechten Unterarm zum Würgegriff an meinen Hals an und würgte kräftig Kehlkopf und Halsschlagader. Nur durch die Hilfe des Gen. Meyer und dem Kultursachbearbeiter Goldmund, der dazu kam, war es möglich mich aus dem Würgegriff zu befreien. Durch den Versuch des M. weiterhin Fälichkeiten zu begehen wurde die im Zimmer 4 befindliche Holzbarriere abgebrochen und umgeworfen. Der M. leistete dann keine Fälichkeiten mehr und verhielt sich ruhig. Dem M. mußte den Umständen nach klar sein, dass ich ihn in meiner Tätigkeit als Heimleiter Anweisungen geben kann, da jeder Heimbewohner mit der Heimsordnung vertraut gemacht wird.

[Handwritten Signature]
Heimleiter

aufnahme barby fa nrü 665 22/10/62 1600 del=
rat des bezü abtj innere angelegenheiten
Magdeburg

betr: taetlicher angriff gegen den heimleiter des aufnahmeheimes
barby, genü kriegü
am sonntag den 21/10/62 uebergab der heimleiter der heimbewohnerin
-~~Barby~~- ein telegramm, indem sie die mitteilung erhielt,,
dass ihre mutter verstorben sei.
der heimbewohner -~~Barby~~- bestand unbedingt darauf, mit der
-~~Barby~~- zur beerdigung zu fahren, was ihm vom heimleiter verwehrt
wurde, da er nicht mit dieser frau verheiratet oder verlobt sei.
nach kurzes wortwechsel griff er den heimleiter mit einem
wueergegriff an und dieser konnte nur mit hilfe des kultur-
sachbearbeiters und eines gemossen der vp befreit werden.
gegen -~~Barby~~- wurde haftbefehl erlassen.
ausfuehrlicher bericht folgt.
aufnahmeheim-barby genü krieg heimleiter

5384
Bohle
ablig
Kd des Bezirkes Magdeburg
Sachsen-Anhalt
Fernschreibstelle
am: 22.10.62
Arch: *[Handwritten]*

135

Hainichen, den 2.8.60

Eingegangen
2.8.60
Schriftl.
Nr.:

Sehr geehrter Herr Heimleiter!

Erst werde ich mich vorstellen, der Ihnen diesen Brief schreibt. Erinnern Sie sich an den Akkordeonspieler im Kulturraum beim Tanzabend (Herr ~~Wagner~~ mit der grossen Familie), bin schwerbeschädigt. Ich wurde von Aufnahmeheim nach Hainichen, Bezirk Karl-Marx-Stadt überwiesen. Es wird Sie in Erstaunen versetzen über unser Ergehen in Hainichen. Die guten Hoffnungen von den Reportagen der Volkstimme, Deutschlandsender und zuletzt von Ihnen, die Sie uns mitgegeben haben, waren nur ein Traum. Wir sind jetzt bald 4 Monate in Hainichen, ich stehe noch ohne Beschäftigung. Meine Frau ist in einer Bindfadenfabrik und hat jede Woche 60,— DM Abschlag für 9 Personen. Geehrter Herr Heimleiter, was werden Sie jetzt dazu sagen. Es wurde uns soviel Schönes gesagt, wir haben uns auf das alles sehr gefreut, jetzt muss meine Frau allein arbeiten und uns alle von dem wenigen Geld ernähren. Das Kindergeld, das verbrauchen die Kinder an Anschaffungen und vieles Andere. Was jetzt kommt ist noch schlimmer. Wir haben bis heute noch keine Wohnung. In der wir jetzt wohnen, das ist eine Durchgangswohnung für Flüchtlinge aus dem Westen. Diese besteht aus 2 Bodenkammern in einer Villa. Wir haben hier 3 Betten für 9 Personen. Die Kinder schlafen zu zwei in einem Bett, abwechselnd schlafen wir mit einem Kind meine Frau und ich auf dem Fussboden und das Mädchen schlüft auf dem Sofa. Meine Frau muss arbeiten gehen früh um 5,30 Uhr eine Woche die andere von 14,00 - 22,30 Uhr und dann noch auf dem Fussboden schlafen. Wir haben uns alle bei Ihnen gut ausschlafen können, die Kinder jeder in einem Bett. Wir scheinen hier Allen mit unseren vielen Kindern in Vege zu sein, es kümmert sich auch keiner um uns. So wird uns nur immer versprochen, dass wir bald eine Wohnung bekommen und ich eine Beschäftigung. Aber es sind jetzt bald 4 Monate und wir haben weder das Eine noch das Andere. Wie lange es noch gehen soll, dass wissen wir nicht.

Ich wollte Ihnen nur mal schreiben wie es uns geht, es wäre ja noch mehr zu schreiben, ich will aber Ihre Zeit nicht so in Anspruch nehmen. Die herzl. Grüsse an Sie und auch an den Herrn Kulturleiter und Bekannte wünscht

Familie ~~Wagner~~

Am 4.8. wurde dem Rat des Kreis-Ausschusses eine Kopie des Briefs zugehändelt, sind die Forderungen gestellt, ihm sofortige Abklärung dieser Mängel.

Dokument 17: Landeshauptarchiv Magdeburg -LHA-, Rep. M1 Bezirkstag / Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 16112, Blatt 135

Berlin, den 31.10.1959 ... 418

Bericht

Über den operativen Einsatz von Mitarbeitern des MdI, Abt. Innere Angelegenheiten, im Aufnahmeheim Barby
vom 22.9. - 2.10. 1959

Teilnehmer: Gen. Klinger
Gen. Hessel

I. Einschätzung der Leistungstätigkeit

Bei der Bewertung der Qualität der Leitungstätigkeit im Aufnahmeheim Barby muß davon ausgegangen werden, daß hier infolge der Größe des Objektes und eines dorrseitigen Kaderbestandes von 61 Mitarbeitern erhöhte Anforderungen an den Heimleiter sowie an die weiteren Mitarbeiter des Leitungskollektives gestellt werden müssen. Dies hat besonders die Gültigkeit für die Anwendung einer wirksamen Leitungs- und Arbeitsmethodik.

Der kommissarische Leiter des Aufnahmeheimes, Gen. Führmann, schuf teilweise gute Voraussetzungen für eine zielgerichtete Tätigkeit aller Mitarbeiter. Er bildete ein arbeitsfähiges Leitungskollektiv, welches sich aus dem Heim-, Kultur- und Wirtschaftleiter sowie dem Parteisekretär und KGL-Vorsitzenden zusammensetzt.

Trotz Ausnutzung vieler Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Erziehung und Verbesserung der Arbeit der Mitarbeiter muß die Leitungstätigkeit entscheidend verbessert werden. Das Sporadische in der täglichen Arbeit muß überwunden werden. Sehr nachteilig wirkte sich bisher das Fehlen eines Arbeitsplanes aus. Der für den Monat September erarbeitete Plan entspricht den Erfordernissen und weist einige Schwerpunkte der Arbeit aus. Es wurde gefordert, daß die Schlußfolgerung der Heimleitertagung vom 9.7. 1959 ebenfalls ihren Niederschlag in den Arbeitsplänen des Heimes finden.

Der Geschäftsverteilungsplan trifft in seinem Inhalt eine teilweise falsche Verlagerung der Verantwortlichkeit auf die einzelnen Arbeitsbereiche. So werden von den Mitarbeitern für Aufnahme und Statistik eine Reihe Aufgaben gelöst, die in den Verantwortungsbereich des Wirtschaftsleiters gehören. So wurde festgelegt, auf der Grundlage der vom MdI herausgegebenen Tätigkeits- und Qualifikationsmerkmale und unter Berücksichtigung der Praxis bis zum 30.11. 1959 einen neuen Geschäftsverteilungsplan zu erarbeiten.

Ein weiterer Mangel besteht darin, daß der Heimleiter dem Parteisekretär zu wenig in die Entscheidung von Leitungsfragen einbezieht.

Zum Zeitpunkt der Überprüfung entstand der Eindruck, daß Gen. Führmann sie mit seiner Funktion verbundene große Verantwortung ungenügend erkennt, teils leichtfertig über notwendige Aufgaben hinweggeht und keine intensive Arbeit leistet. Diese Feststellungen wurden von den Mitarbeitern des MdI und der KP bestätigt.

- 2 -

Dokument 18: Landeshauptarchiv Magdeburg -LHA-, Rep. M1 Bezirkstag / Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 16118

- 2 -

Die im Zusammenhang mit der Überprüfung der Leitungstätigkeit getroffenen Feststellungen zur Kadrsituation zeigen folgendes Bild:

Entsprechend dem bestätigten Stellenplan stehen 71 Planstellen zur Verfügung. Davon sind 61 Planstellen besetzt und für eine weitere Planstelle Besetzungunterlagen vorhanden.

Die Durchsetzung der DA 1/56 des Leiters der Kaderverwaltung des MfI über die Führung von Kaderunterlagen wurde bisher nur teilweise gewährleistet, da der Heileiter nur im Besitz der dazugehörigen Instruktion Nr. 1 war. Die DA 1/56 selbst war bei Übernahme der Unterlagen von Schönebeck nicht auffindbar. In dem Kaderakten fehlen in mehreren Fällen Beurteilungen der letzten Arbeitsstelle, Arbeitsverträge u.s.

Es wurde veranlaßt, in Zusammenhang mit der Führung von Kadergesprächen die Unterlagen bis zum 31.12. 1959 zu ergänzen und fehlende beizubringen. Eine Abschrift der DA 1/56 wurde angehängt.

Die Überprüfung der angeleiteten Maßnahmen zur Weiterbildung der Mitarbeiter zeigte, daß keine Voraussetzungen geschaffen waren, um einen Qualifizierungsplan bis zum 10. Jahrestag der DDR zu erarbeiten. Es wurde festgelegt, das Verbleibe bis 28.2.60 nachzuholen.

Zur besseren Einarbeitung der Kader wurde in der Kaderkartei Einsicht genommen und festgestellt, daß insgesamt 15 Mitarbeiter des Heimes bzw. deren unmittelbare Angehörige bzw. teilweise in Westdeutschland waren. Diese Reisen wurden vor Inbetriebnahme des Heimes durchgeführt. Dem Heileiter wurde empfohlen, in der nächsten Arbeitsberatung zu klären, daß Besuche von Mitarbeitern nach Westdeutschland nicht statthaft sind.

Ferner wurde vorgeschlagen, dem Bauhaltungsarbeiter, Koll. [Name], am 31.12. 1959 abzulösen. H. gehörte seit 1951 der SED an und seit 1952 der SA an. Sein Vater war Viehhändler. Gesellschaftlich tritt er nicht in Erscheinung. Der Heileitung wurde weiter empfohlen, die politische Leiterentwicklung der Parteileitungsmitglieder, Gen. [Name] und Gen. [Name] [Name] zu verfolgen. B. war selbständiger Rädermeister. Bei aufrechter Arbeitsleistung drücken sich starke ideologische Schwächen in den von ihm geführten Diskussionen aus. Gen. H. zeigt als Kultursachbearbeiter gute Arbeitsleistungen, geht jedoch einen politischen Meinungsstreit aus dem Wege und trägt nicht zur Verbesserung der Parteiarbeit bei. Seine Mitgliedschaft zur DDF lehnte er bisher mit dem Hinweis ab, daß ihm die " Russen " nach 1949 sein Kfa weggenommen hätten. Bei der Einstellung des Betriebswachmannes Kuet und des Stellvertretenden Sachleiters Stenmaler wurde nicht beachtet, daß deren Sohn bzw. Tochter republikflüchtig sind. Auch im Fall des Betriebswachmannes Otto, der 1952 wegen Jagdvergehen zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt wurde ist entsprechendes veranlaßt.

Schlüsselfolgend aus der Kaderlage des Aufnahmeheimes wurde der Heileiter beauftragt, die Besetzungunterlagen vor Einstellung neuer Mitarbeiter in Kollektiv der Parteileitung zu beraten.

- 3 -

- 3 -

Die dem Heileiter vom Rat des Bezirkes, Abt. Innere Angelegenheiten gegebene Anleitung ist in der Qualität sehr unterschiedlich. Es wurden mündlich vielfach verschiedene Probleme beraten, ohne Festlegungen zu treffen, die dem Rat des Bezirkes eine Kontrolle der Durchführung ermöglichen.

II. Rolle der Parteiorganisation

Die Parteiorganisation des Heimes besteht seit Juli 1959 und umfaßt 14 Mitglieder. Die Parteileitung setzt sich aus dem Leiter der Betriebszelle, Gen. Lorenz (Parteisekretär), dem Materialverwalter, Gen. Bethge, der Sachbearbeiterin für Statistik, Gen. Dohmann, der Krankenschwester Gen. Winkelmann und dem Kultursachbearbeiter, Gen. Hoppe, zusammen.

Diese Zusammensetzung der Parteileitung gewährleistet nicht die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei. Es wird für erforderlich gehalten, die Gen. Bethge und Hoppe zur nächsten Wahl durch höhere und parteiverbundene Arbeiterkollektive zu ersetzen. Es wurde empfohlen durch Rezipierung eines hauptamtlichen Genossen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Arbeit zu schaffen. Gen. Lorenz wird zwar als parteiverbunden Genosse eingeschätzt, ihm fehlen jedoch politische-theoretische Kenntnisse als auch organisatorische Voraussetzungen zur Ausübung seiner Funktion. Die bisher durchgeführten Parteileitungssitzungen und Mitgliederversammlungen waren organisatorisch schlecht vorbereitet. Vielfach wurden hier Probleme der täglichen Arbeit diskutiert, Beschlüsse der Partei waren nie Gegenstand der Beratungen. Die Einflußnahme des Heileiters auf die Verbesserung der Parteiarbeit war ungenügend. Von Parteiaufträgen wird kein Gebrauch gemacht.

Auf Grund der Tatsache, daß die Parteiorganisation bisher ungenügende Anleitung durch die Kreisleitung erhielt, wurde eine Aussprache mit dem Leiter der Abteilung Sicherheit, Gen. Rode, und dem Leiter der Abt. Staatliche Organe, Gen. Dietze, geführt und dabei geeignete Maßnahmen zur schnelleren Überwindung der bestehenden Mängel in der Arbeit der Grundorganisation festgelegt.

Zur Durchführung des Parteilehrjahres 1959/60 war die Einstufung der Gen. und Koll. in einen Zirkel der Stufe I vorgenommen und bereits die erste Schulung durchgeführt. Festgestellt wurde, daß ein großer Teil der parteilosen Kollegen nicht in die Schulung einbezogen ist. Es wurde nicht erkannt, daß alle Mitarbeiter des Heimes am Parteilehrjahr teilnehmen haben, da dies mit der marxistisch-leninistischen Schulung für Mitarbeiter des Staatsapparates gleichzusetzen ist. Vorgeschlagen wurde, einen zweiten Zirkel der Stufe I, für solche Kollegen, die im Schichtdienst arbeiten zu bilden.

Über hinaus wurde gefordert, daß Parteileitungssitzungen und Parteiversammlungen künftig außerhalb der Arbeitszeit durchgeführt werden.

Zur Einarbeitung der Gewerkschaftsarbeit im Heim wird festgestellt, daß außer der Wahlversammlung bisher nur drei BGL-Sitzungen stattgefunden haben. Massenpolitische Aufgaben der Gewerkschaft und Fragen der Verbesserung des Arbeitsstils u.s. standen bisher nicht auf der Tagesordnung.

Neben der Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit wurde der Vorschlag unterbreitet, eine Betriebsgruppe der DDF zu bilden.

- 4 -

- 4 -

III. Gewährleistung der inneren Ordnung:

Die Arbeitsweise der Betriebswachtmannschaft genügt keinesfalls den Erfordernissen zur Sicherung des Objektes nach außen und innen. Die Wache ist gegenwärtig mit 1:13, entsprechend dem bestellten Stellenplan, besetzt.

Bei Dienstverrichtung in drei Dritteln entfallen auf eine Nachschicht drei Nachläufer. Damit ist eine ordnungsgemäße Streifen-tätigkeit sowie Ein- und Auslasskontrolle nicht gewährleistet. Der Heimleiter wurde beauftragt, bis 15.11. 1959 eine erngte Begehung des Objektes durch Mitarbeiter des BS der MGV Magdeburg zu veranlassen. Die Vorkehrungen zur beidseitigen Veränderung an der Betriebswache und zur Schließung der Umkleungellen sind der Abt. Bauwesen des MIJ zur weiteren Veranlassung übergeben worden.

Die Zahl der Heimbewohner, die den Ausgang überschreiten be-läuft sich täglich auf durchschnittlich 20 Personen. Die Ab-handlung dieser Disziplinverstoße erfolgte mit dem Mittel der An-ordnung von Ausgangssperre und Taschenpöndelzug. Es wurde an-gewiesen, daß ab sofort Personen, die den Ausgang überschreiten, am nächsten Tage von Heimleiter oder dessen Stellvertreter zur Durchführung erzieherischer Gespräche verge-laden werden. Erst im Wiederholungs-falle ist von Taschenpöndelzug und Aus-gangssperre Gebrauch zu machen.

Die Heimordnung wird zwar den neu eintreffenden Rückkehrern und Ausstehenden erlautert, ist jedoch in den Unterkünften noch nicht zum Ausnahg gekommen. Dieses Verstoß hatte zweifelloe Auswirkungen auf die Einhaltung der Disziplin und auf die noch ungenügende Ordnung und Sauberkeit in den Unterkünften. Zur Beseitigung der auf Grund von Hausnahmen unhergehenden Unordnungen und Gerüßhaufen wurde veranlaßt, die Heimsassen für freiwillige Aufbauarbeit im Rahmen des MAB zu gewinnen. Zur Unterstützung der Bauarbeiten wurde aus dem Kreis der Heimsassen eine Maurerbrigade zusammengestellt, die Arbeiten zur Schließung der Umkleungellen verrichten soll.

In noch immer notwendige Arbeitskleidung für Heimsassen in ungenügendem Maße zur Verfügung steht, wurde der Wirtschaft-leiter beauftragt, in Zusammenarbeit mit der MGV Magdeburg unverzüglich Abhilfe zu schaffen.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Heim wurde ein Vertrauensleitesystem (Ordner) aufgebaut. Danach gibt es Zimmer- und Abteilungsvertrauensleute. Die Verbindung zur Heim-leitung wird über einen verantwortlichen Einheitsleiter, der ebenfalls Heimsasse ist, hergestellt. Für die Arbeit mit den Ordnern ist der Kulturleiter in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts-leiter verantwortlich. Nicht zu vertreten ist, daß seitens der Sicherheitsorgane und der Heimleitung kein Einfluß auf die Aus-wahl der Vertrauensleute ausgeübt wurde. So wird s. B. diese Tätigkeit von der Heimsassin ~~ausgeübt~~ ausgeübt, die in Westdeutschland keiner geregelten Arbeit nachging und sich ausschließlich von Prostitutionsernährte. Darüber hinaus kam es wiederholt vor, daß Ordner nach Westdeutschland zur Rück-schleucht werden müßten.

- 5 -

410

- 5 -

Es wurde ferner gekündert, daß der Einheitsleiter der Ordner die Verteilung der Wachenänge auf die einzelnen Unterkünfte vornimmt. Diese Aufgabe wurde der Betriebswache übertragen.

Zur Gewährleistung eines kontinuierlichen Arbeitsablaufes wurde mit der Heimleitung die Festlegung getroffen, ab sofort über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus Schichtdienst für die Mitarbeiter der Aufnahme, der Materialversorgung und des Arbeitsbereiches Kultur für die Zeit bis 22.00 Uhr einzuführen.

IV. Politisch-kulturelle Arbeit

Es muß eingeschätzt werden, daß die politisch-kulturelle Arbeit in ihrer Qualität nicht den Erfordernissen entspricht. Die Schluß-folgerungen der Heimleitertagung vom 9.7. 1959 wurden bisher nicht beachtet. Obwohl die Notwendigkeit besteht, die Thematik der im Plan der politisch-kulturellen Veranstaltungen festgelegten Ver-träge zu verbessern und insbesondere Betriebsleiter, IFC-Vorsitzen-de u.ä. für diese Aufgaben zu gewinnen, liegt der Schwerpunkt der Veranlassung in der Entwicklung des politischen Gesprächs mit den Heimsassen sowie in der Organisation vielseitiger differenzierter Aus-sprachen.

Da die Planstelle des Kulturleiters erst Anfang September dieses Jahres besetzt werden konnte, war die Arbeit auf diesem Gebiet ausschließlich einem Mitarbeiter überlassen, der sich vorwiegend auf die Durchführung der täglichen Begrüßungen und die Erarbeitung der monatlichen Veranstaltungspläne orientierte. Es kommt jetzt darauf an, ein festes Referentenkollektiv zu schaffen und die Zahl der Vorträge als auch qualitativ guter Filme und sonstiger Veran-staltungen ins richtige Verhältnis zu setzen.

Dabei muß das Ziel verfolgt werden, Abendveranstaltungen zu orga-nisieren, um die Ausgangsbestrebungen einzuschränken. Seitens der Heimleitung wurde die Organisation der Übersiedlung von Personen aus WD bisher nicht in Angriff genommen. Entsprechende Hinweise wurden gegeben.

V. Tätigkeit der Kommission gemäß DA 7/57, sowie der Kommission für arbeits- und wehrausschüssige Unterbringung.

Im Ergebnis der Aussprachen mit den Mitarbeitern des MFS und der VP im Heim wurde bekannt, daß in den Sitzungen der Sicherheits-kommission Rückschleuchtungen, Sicherheitsfragen des Heimes und un-klare Fälle der R. und Z. behandelt werden. Bei klaren Fällen wird es verfahren, daß die einzelnen Dienstweige ihr Einverständnis auf dem Vorgang vermerken.

Bei Rückschleuchtungen wird die Aufstellung über die betreffenden Personen nicht vom Leiter des VPKA oder dessen Stellvertreter unter-zeichnet. Diese Praxis steht im Widerspruch zur DA 7/57. Bei Über-prüfung von R. u. Z. treten dadurch Verzögerungen auf, daß die Mit-arbeiter des MFS Unterlagen, die sie aus erster Hand von den Auf-nahmestellen erhalten, lange Zeit zur Sichtung einhalten. So wurden s. B. die Unterlagen des Rückkehrers ~~ausgehalten~~, die am 18.9. 1959 beim MFS eingetroffen sind, erst am 29.9. 1959 dem Mitarbeitern K übergeben.

- 6 -

417

Die von der BDPF Magdeburg eingesetzte Kommission hat diese Fragen bereits aufgegriffen und wird veranlassen, daß die Unterlagen künftig zuerst bei IM registriert werden und dann über die Mitarbeiter K zu MfS gelangen.

Die Kommissionsarbeit für die arbeits- und wohnungsmäßige Unterbringung wird seit Inbetriebnahme des Aufnahmeheimes ausschließlich von einem Mitarbeiter der Abteilung Arbeit des Rates des Bezirkes wahrgenommen. Wegen bestehender Kadenschwierigkeiten konnte die Abteilung Innere Angelegenheiten keinen Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Ein Vertreter des Aufnahmeheimes wirkte auch nur unregelmäßig in der Kommission mit. Durch das Fehlen eines Mitarbeiters der Abt. Innere Angelegenheiten in der Kommission war zu verzeichnen, daß von Mitarbeiter der Abt. Arbeit, Gen. Conrad, in mehreren Fällen Heimbesucher veranlaßt wurden, beim Heimleiter Antrag auf freiwillige Rückkehr nach Westdeutschland zu stellen. Diese Wünsche wurden berücksichtigt, von IM gebilligt und die Rückführung teilweise ohne Kommissionsentscheidung durchgeführt. So erklärt sich, daß im Monat Mai 1959 15 Personen und im Juli 19 Personen freiwillig nach Westdeutschland zurückgekehrt sind. Die Mitarbeiter des Heimes wurden über die Folgen ihrer Arbeitsweise aufgeklärt.

VI. Gesundheitliche und sanitäre Betreuung der Rückkehrer und Zurückbleibenden.

Durch Aufnahme der Tätigkeit des Vertragsarztes Dr. Schulte-Dörns, der gleichzeitig Leiter der örtlichen Poliklinik ist, kann nunmehr die kritische Betreuung der Insassen des Aufnahmeheimes als gesichert betrachtet werden. Auf Grund der Tatsache, daß das bereits vorhandene Röntgengerät infolge baulicher Maßnahmen noch nicht montiert wurde, werden u. St. Röntgenuntersuchungen nur auf ärztliche Entscheidung durchgeführt.

Da der Maßnahmenplan für die Fertigstellung der umfangreichen Arbeiten zur Inbetriebnahme der Heizungsanlage nicht eingehalten wurde, treten infolge der Fütterung verstärkt Erkrankungsfälle auf.

Es wurde veranlaßt, daß die Familien mit Kleinkindern in den Nordflügel des Aufnahmeheimes verlegt werden, da hier für ca. 150 Personen Räume mit Ofenheizung zur Verfügung stehen.

Da eine schnelle Gewährleistung der Beheizung des Objektes zur Erhaltung der Gesundheit der Übersiedler als auch der 61 Mitarbeiter des Heimes gesamtartig als Hauptaufgabe betrachtet werden muß, wurde eine Beratung unter Mitwirkung des Hausleiters sowie des Gen. Röder von der Abt. I. A. des Rates des Bezirkes am 23.9.1959 durchgeführt. Die Ergebnisse wurden mit der Abt. Bauwesen des MI beraten und entsprechende Sofort-Maßnahmen eingeleitet.

Die Ergebnisse dieses Einsatzes wurden am 22.9.1959 im Leitungskollektiv des Heimes und am 8.10.1959 beim Rat des Bezirkes Magdeburg im Beisein des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates, Gen. Hennig ausgewertet.

Die gezogenen Schlussfolgerungen finden ihren Niederschlag in einem Maßnahmenplan der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Magdeburg.

(K l i n g e r)
Hauptreferent

6. Beispiele

6.1. Die Operative Personenkontrolle von M. St.

Am 17. September 1977 kehrte nach einem einjährigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland M. St.²⁷³ wieder in die DDR zurück. Er wurde zunächst in das Zentrale Aufnahmeheim Barby eingewiesen. Bereits ein halbes Jahr zuvor hatte der Schönebecker Dienststellenleiter des MfS, Oberstleutnant Ulbrich, die BV Magdeburg um diese Einweisung St. nach Barby gebeten.²⁷⁴ Die Schönebecker KD hatte St. bereits zu diesem Zeitpunkt im Visier. Zum einen wusste man von der beabsichtigten Wiederkehr, vermutete aber zum anderen eine mögliche *Schleusung* seiner Verlobten G. K. aus der DDR. Die für dieses Thema interessante Geschichte des M. St. begann 1975 mit einem Ausreiseantrag. Er hatte nach seiner Scheidung in S. eine westdeutsche Bürgerin kennen gelernt und wollte sie heiraten. Gleichzeitig war dies ein Vorwand, um aus familiären Gründen eine Ausreise aus der DDR zu erhalten. St. war mit den Zuständen in der DDR unzufrieden, hatte bereits in den 50er Jahren *Hetzschriften* verteilt, war aus der SED ausgetreten und ging nicht zu den Wahlen. St. versuchte, seinen Ausreiseantrag mit allem Nachdruck zu vertreten, machte u. a. Eingaben an den Rat des Kreises, des Bezirkes, an den Staatsrat. So erreichte er im Oktober 1976 die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und wurde mit dem Zug via Oebisfelde in die Bundesrepublik gebracht. Doch St. wollte zu dieser Zeit nicht mehr ausreisen, da er in der DDR eine junge Frau (und heutige Ehefrau) kennen gelernt hatte, mit der er lieber ein gemeinsames Leben aufbauen wollte. Einem Rückzug seines Ausreiseantrages gaben die DDR-Behörden jedoch nicht statt und schickten ihn in den „Westen“. Doch bereits da kündigte er an, wieder in die DDR zurückkehren zu wollen, um seine nunmehrige Verlobte G. K. zu heiraten.²⁷⁵

Die Verbindung zwischen G. K. und M. St. erweckte bei den DDR-Behörden, vor allem bei der Staatssicherheit Misstrauen. Die Kreisdienststelle des MfS in Schönebeck leitete im Frühjahr eine Operative Personenkontrolle zu St. und K. ein, unterzeichnet vom Dienststellenleiter Ulbrich und einem Leutnant Hoczwik, der im späteren Verlauf für die weitere Bearbeitung zuständig zeichnete. Als Grund für die Durchführung einer OPK wurde der Verdacht genannt, *daß die K. die DDR ungesetzlich verlassen will, bzw. mit Hilfe von*

273 Sowohl M. St., als auch seine Verlobte und heutige Ehefrau sind dem Autor namentlich bekannt, wollen jedoch anonym bleiben.

274 Vgl. BStU, Ast. Magdeburg, 1330/80, Bd. 1, Blatt 85.

275 St. im Gespräch mit dem Autor am 14. 11. 1999.

St. eine *Schleusung erfolgt*.²⁷⁶ Ziel der Stasi war es nun, diese *Schleusung* zu verhindern, die Bearbeitung des Vorganges erfolgte nach §§ 105 und 213 des StGB der DDR. Zuvor wurden bereits sogenannte *M-Materialien* (Informationen aus der Postkontrolle des MfS) ausgewertet. Aus diesem Material ging scheinbar hervor, dass St. und K. eine Ehe planten. Das MfS vermutete, dass eine „Schleusung erfolgen könnte, weil St. als Fernfahrer auch im Transit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin arbeitete. Eine andere Variante der Stasi lief auf eine Flucht der K. während eines geplanten gemeinsamen Urlaubes von St. und K. in der ČSSR hinaus.²⁷⁷ Ein Maßnahmenplan der KD Schönebeck vom 11. März 1977 legte neben einer M-Kontrolle, eine Reisesperre für St. in die DDR, *Nachermittlungen zur Person der K. im Wohn- und Arbeitsbereich*²⁷⁸, die Sammlung von *Handschriftenmaterial* sowie die Überwachung von Telefonanschlüssen fest. Dabei sollten der IMV (bedeutet zu diesem Zeitpunkt IM mit Feindberührung) „R. Bach“ im Freizeitbereich der Verlobten des St. eingesetzt werden, ebenso die GMS „Blechschildt“ und „Krüger“ zwecks weiterer Ermittlungen.²⁷⁹ Auch bei Treffen von St. und mit seiner Familie oder mit seiner Verlobten auf dem Rasthof „Börde“ bei Magdeburg, während sich St. auf dem Transit nach Westberlin befand, standen sie unter der allumfassenden Beobachtung durch das MfS. Die Stasi wusste auch recht früh Bescheid, dass er wieder in die DDR zurückkehren wollte und versuchte, darauf Einfluss zu nehmen. In einer Aktennotiz von Ulbrich an den *St.-Bearbeiter* Hoczwik hieß es, dass ein Mitarbeiter des Rates des Kreises Schönebeck/ Abt. Innere Angelegenheiten so instruiert werden sollte, dass er in einem Gespräch mit der K. auf eine schnelle Rückkehr des St. zu drängen hätte.²⁸⁰

St. kehrte am 17. September 1977 nach der Klärung seiner persönlichen Angelegenheiten in der Bundesrepublik Deutschland wieder in die DDR zurück. Gegen 12.30 Uhr traf er am Grenzübergang Marienborn mit seinem Ford Capri ein und meldete sich als Rückkehrer. Darauf wurde St. von der *Paßkontrolleinheit Marienborn* erkenntnisdienlich behandelt (Feststellung der Personalien, Photographieren, Durchleuchtung des Gepäckes), danach transportierten ihn Angehörige der VP in einem braun-beigen Barkas nach Barby, ein Polizist fuhr dabei das Auto von M. St. Nach der Ankunft in Barby wurde er in die *Quarantänestation* eingewiesen. Dort musste er acht Tage (!) verbleiben und konnte auch erst nach zwei Tagen mit anderen Heimbewoh-

276 BStU, Ast. Magdeburg, OPK 1330/80, Bd. 1, Blatt 8.

277 Vgl. ebenda, Blatt 8ff.

278 Ebenda, Blatt 100.

279 Vgl. ebenda, Blatt 100ff.

280 Vgl. ebenda, Blatt 105.

nern in Kontakt treten. Nach der Quarantäne, in der schon die umfangreichen Befragungen begannen, bezog St. das Zimmer 101, gleich neben dem Aufenthaltsraum. Die Heimbewohner sollten sich untereinander nicht mit Namen anreden, so wurde aus St. der „Heimbewohner 70“ („HB 70“). Auch durch die Angestellten des Heimes oder während der Aufrufe zum Verhör wurden die Rückkehrer und Zuziehenden mit ihrer Heimnummer benannt, so M. St. Während seines Aufenthaltes im Heim, der bis zum Frühjahr 1978 dauerte, waren durchschnittlich 15-40 Übersiedler anwesend, die meisten blieben bis zu 10 Tagen, viele wurden allerdings auch schnell wieder zurückgeschickt. Dies waren meist „verkrachte Existenzen“, so St. Einige Übersiedler blieben auch nur zwei bis drei Tage. Sie seien, so wurde unter den Heimbewohnern vermutet, vom MfS eingesetzte Spitzel, die von Lager zu Lager reisten. Was durchaus dem Vorgehen der Staatssicherheit entsprach, wie das vorangegangene Kapitel zeigt. Während des Aufenthaltes²⁸¹ im ZAH durften keine „Ausflüge“ in den Ort gemacht werden, die Tage gestalteten sich so immer ähnlich: Verhöre, Mahlzeiten, politische und kulturelle Veranstaltungen. Die Heimbewohner durften nicht außerhalb des Aufnahmeheimes arbeiten, wer innerhalb des Objektes eine Tätigkeit fand, zum Beispiel im Heizhaus oder bei der Pflege der Grünanlagen, konnte sein tägliches Taschengeld von einer Mark aufbessern. Einzige Möglichkeit, das Geld auszugeben, war die im Heim befindliche HO-Verkaufsstelle. Bei den politischen und kulturellen Veranstaltungen, so St., wurde den Menschen das Leben in der DDR in rosaroten Farben beschrieben. Doch konnten sich die Rückkehrer und Zuziehenden gleich im Heim ein Bild vom wahren Gesicht der DDR machen, so wurden Briefe kontrolliert und Besuch nicht gestattet, negative Äußerungen von Heimbewohnern über die DDR waren zu melden.²⁸² Unter den Heimbewohnern befanden sich so auch einige, die durch die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen Pluspunkte sammeln wollten, um ihre Aufnahme in die DDR zu erreichen. In den Unterlagen von St. befinden sich mehrere handschriftliche Hinweise von Heimbewohnern über ihn. (Dok. 19) Mindestens drei Personen berichteten über die Verhaltensweisen von St., über dessen politische und persönliche Ansichten. So hieß es in dem Bericht von W. T. am 9. 11. 1977, *daß er* (gemeint war St., – J. M.) *im großen und ganzen gegen die DDR ... eingestellt ist*.²⁸³ Selbst die Beschwerde von ihm über die schlechte Erdbeermarmelade war einem Übersiedlungswilligen

281 In den 50er und 60er Jahren durften, mussten die Heimbewohner das Heim noch zur Arbeit verlassen. Nun hatten die Sicherheitsorgane die Befürchtung, der Übersiedler könne so bereits mit der Erfüllung seines *Feindauftrages* beginnen.

282 St. im Gespräch mit dem Autor am 14. 11. 1999.

283 BStU, Ast. Magdeburg, OPK 1330/80, Bd. 3, Blatt 210.

einen Bericht wert. Das MfS versuchte so, ihr Bild von St. zu vervollkommen und gegebenenfalls Anhaltspunkte für weitere Ermittlungen zu finden. Neben den „Mitbewohnern“ gaben auch die Heimangestellten Hinweise zu den entsprechenden Heimbewohnern. So berichtete eine Krankenschwester, dass St. die Absicht hatte, bei einer Abschiebung in die Bundesrepublik *seine Braut aus der DDR auszuschleusen*.²⁸⁴ Ein Mitarbeiter, der für die kulturelle Betreuung zuständig war, berichtete zudem über eine negative Äußerung St. über den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution.²⁸⁵ Die Überwachung der Rückkehrer und Zuziehenden im Heim stellte sich also allumfassend dar.

Für die Überprüfung der Übersiedlungswilligen waren die im Haus befindlichen Sicherheitsorgane zuständig, wobei St. äußerte, dass diese sich nicht mit ihrer Dienststelle vorstellten, so dass er auch nicht sagen kann, wer die Befragungen durchführte.²⁸⁶ Es ist anzunehmen, dass sowohl die Arbeitsgruppe der Polizei als auch Mitarbeiter der Abteilung VII der Bezirksverwaltung Magdeburg der Staatssicherheit dafür verantwortlich waren. St. führte aus, dass die Befragungen nach seiner Ansicht auf drei Ebenen erfolgten, die erste Ebene befasste sich in erster Linie mit der Feststellung persönlicher Daten (Arbeits- und Wohnorte etc.), diese Befragung führten vermutlich die Mitarbeiter des Paß- und Meldewesens der Volkspolizei durch. Die eigentlichen Befragungen der Sicherheitsorgane begannen Ende September und zogen sich bis ungefähr Januar hin. Diese erfolgten unregelmäßig, mal mehrere Tage hintereinander, dann war wieder ein paar Tage Ruhe. Je ein fester Vernehmer war für den jeweiligen Rückkehrer oder Zuziehenden zuständig. Die Befragungen dauerten bis zu vier Stunden, teilweise vor- und dann gleich wieder nachmittags. Sie erfolgten eher ruhig und sachlich, so St. Nur wenn sie scheinbare Widersprüche aufdeckten, wurden die Vernehmer lauter und rechthaberischer.²⁸⁷ Besonders interessierte die Vernehmer das Verfahren der Notaufnahme²⁸⁸ für Übersiedler aus der DDR sowie die Arbeit der dortigen Dienststelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz. So stellte der Vernehmer am 13. Dezember 1977 die Frage: *Wann wurden Sie im Lager Gießen vorstelltig und schildern Sie ausführlich den Ablauf des sogenannten Notaufnahmeverfahrens*.²⁸⁹ Wie schon im vorherigem Kapitel be-

284 Ebenda, Blatt 213.

285 Vgl. ebenda, Blatt 220.

286 St. im Gespräch mit dem Autor am 14. 11. 1999.

287 Ebenda.

288 Aufnahmelager gab es in der Bundesrepublik in Berlin-Marienfelde, Gießen, Uelzen, Friedland, Massen, Rastatt, Sandbostel, Stukenbrok. Sie dienten der ersten Aufnahme von Übersiedler aus der DDR und leiteten die Aufnahme in die Bundesrepublik ein. (Vgl. BStU, Ast. Magdeburg, OPK 1330/80, Bd. 4, Blatt 17.)

289 Ebenda, Blatt 150.

schrieben, wollten die Sicherheitsorgane alles über die Arbeit vor allem des Bundesamtes für Verfassungsschutz²⁹⁰ wissen, so dass diese Frage für Rückkehrer obligatorisch war. St. musste schildern, welche Dienststellen sich im dortigen Aufnahmelager befanden. Wichtig war den DDR-Behörden dabei auch, wie die befragenden Personen des Bundesamtes aussahen. Die Frage, warum St. weiteren Aufforderungen nach Befragungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht Folge leistet, wiederholte sich in mehreren Verhören, wohl um Widersprüche aufzudecken und herauszufinden, ob eventuell wichtige Informationen aus der DDR verraten sein könnten.²⁹¹ In weiteren Vernehmungen spielten solche Dinge wie Wohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle. Die Vernehmer wollten wissen, warum St. erst ausreiste und aus welchen Gründen er wiederkehrte, auch diese Fragen wiederholten sich mehrmals. Weiterhin interessierten sie mögliche Schulden in der Bundesrepublik ebenso der Ablauf der Rückkehr St.s. Die Übersiedlungswillige wurde auf „Herz und Nieren“ geprüft. Erst nachdem sich die Sicherheitsorgane sich ein umfassendes Bild über den Rückkehrer St. gemacht hatten, entschieden die zuständigen Organe über die Aufnahme in die DDR.²⁹²

Ende Januar 1978 endete die 2. Phase der Vernehmungen, so St. Dann wechselte der Vernehmer. In den folgenden Vernehmungen, die vermutlich die Staatssicherheit führte, wurden ausführlich die Kontakte St. zur Stieftochter des Schönebecker Kreisdienststellenleiters Ulbrich befragt. Das MfS befürchtete offenbar, St. könne bei seiner Befragung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz „Brisantes“ verraten haben. In einem *Bearbeitungsblatt* der BV Magdeburg, Abt. VII hieß es ausdrücklich, dass aufgrund des *Kontaktes mit Feinddienststellen* des St. die *Querverbindung zur Stieftochter des KD-Leiters Schönebeck* zu beachten sei.²⁹³ Doch nach gründlichen Befragungen war sich das MfS sicher, dass *alles herausgearbeitet* worden war und St. scheinbar keine Informationen geliefert hatte. Allerdings geriet noch eine andere Person im Rahmen der Befragungen in das Blickfeld der Staatssicherheit. So diente der Bruder seiner Verlobten während des Aufenthaltes in der Bundesrepublik in der Nationalen Volksarmee. St. hielt während seiner Zeit in der Bundesrepublik Kontakt zu diesem, was die Abt. VII

290 Im übrigen verlangte das Bundesamt von jedem Übersiedler eine Unterschrift unter einem Formular, dass der jeweilige Übersiedler *mit keiner Dienststelle des MfS in Verbindung* stand und auch *nicht in deren Auftrag* handelte. (Vgl. ebenda, Blatt 62.)

291 Vgl. ebenda, Blatt 150ff.

292 Vgl. ebenda, Bd. 3 und 4.

293 Ebenda, Bd. 4, Blatt 6.

der BV veranlasste, am 13. 2. 1978 *operativen Hinweise* über den Bruder seiner Verlobten an die HA I der BV Magdeburg zu geben. Ebenso mit dem Vermerk, dass St. Kontakt zu *Feinddienststellen* in der Bundesrepublik Deutschland gehabt hatte. Das MfS vermutete, dass der Bruder danach in das *Blickfeld feindlicher Dienststellen* der Bundesrepublik gerückt war. Die Abt. VII schlug der HA I vor, *geeignete politisch-operative Maßnahmen* einzuleiten.²⁹⁴

Trotz des Misstrauens St. gegenüber beschloss die Schönebecker „Kreis-kommission Rückkehrer und Zuziehende“ am 21. 2. 1978, ihn wieder aufzunehmen.²⁹⁵ Im Bearbeitungsblatt der Abt. VII der BV Magdeburg hieß es, dass *nach erfolgter Konsultation mit der KD Schönebeck ... festgelegt* (wurde), *den St. wieder in die DDR aufzunehmen und gegebenenfalls als Kontaktperson zu gewinnen*.²⁹⁶ Nachdem er am 8. 2. 1978 aus dem Zentralen Aufnahmeheim Barby entlassen worden war, musste er noch bis zum 21. 3. im ebenfalls in Barby befindlichen Bezirksheim zur endgültigen Klärung des Aufnahmeortes und der zukünftigen Arbeitsstelle ausharren. Der Aufenthalt in diesem Heim war legerer als im nebenan befindlichen ZAH. St. konnte zur Arbeit nach Schönebeck fahren und durfte sich ebenfalls im Stadtgebiet Barbys aufhalten, hatte bis 22 Uhr Ausgang und selbst seine Verlobte konnte er treffen. Im Heim war er fast „allein“, so St. Nach seiner Aussage befanden sich während seines dortigen Aufenthaltes nur 2-3 andere Übersiedler. Befragungen erfolgten hier nicht mehr.²⁹⁷ Die weitere „Bearbeitung“ St.s übernahm fortan die Kreisdienststelle Schönebeck, eine Werbung St. als IM erfolgte nicht. St. blieb nach der Entlassung aus dem Bezirksheim im Kreis wohnen und heiratete seine Verlobte. Nach seiner Wiederaufnahme musste er sich regelmäßig bei der Abteilung für Innere Angelegenheiten beim Rat des Kreises melden und stand außerdem unter Kontrolle der Staatssicherheit. Eine Ausweisung St. wäre noch drei Jahre nach seiner Wiederaufnahme möglich gewesen. Doch das MfS konnte keine negativen Anhaltspunkte finden, nachdem es Informationen aus seinem Wohnumfeld sowie den Arbeitsstellen St.s und seiner Frau gesammelt hatte. Dabei benutzte die KD Schönebeck offizielle und inoffizielle Quellen, wie z. B. Führungs-IM (FIM) „Gerhard“ und GMS. Am 27. 5. 1980 schloss die KD Schönebeck den Vorgang der OPK St.²⁹⁸

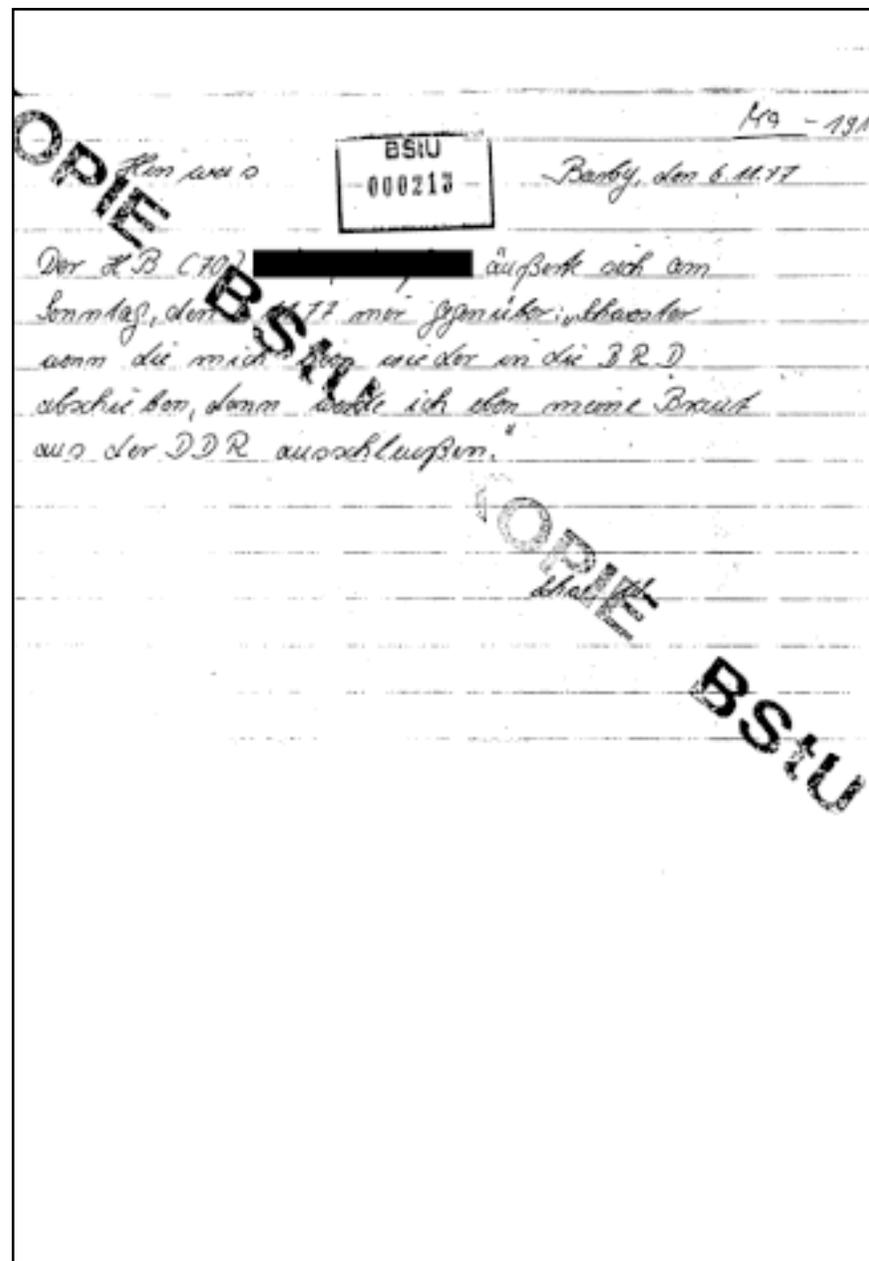
294 Vgl. ebenda, Bd. 3, Blatt 204.

295 Vgl. ebenda, Bd. 4, Blatt 78f.

296 Ebenda, Blatt 6.

297 St. im Gespräch mit dem Autor am 14. 11. 1999.

298 Vgl. ebenda, Bd. 2, Blatt 273ff.



Dokument 19: BStU, Ast. Magdeburg, OPK 1330/80, Bd. 3, Blatt 200, 213, 210

100 - 108-

BSIU
000210

bei Aufzügen und eigene Beurteilung eines
Heimbesuchler

1. [redacted] aus Zimm. 101 (Sticht)

Er sei mit der Absicht in die DDR zurückgekehrt,
um seine vierzehn Jahre jüngere Verlobte zu
heiraten. Ein anderer Freund lag ihm vor,
Gefahr, die Verlobte nicht, wäre er niemals
in die DDR zurückgekehrt. In der BRD hätte
er sehr gut verdient und geliebt. Aus seinen
Gesprächen konnte ich erkennen, daß er im
Jahre 1950 gegen die DDR und den anderen
sozialistischen Staaten eingestellt ist.
Demnach sagte er könnte hier erst nach
sechs Monaten heiraten. Aber ein Jahr bekommt
er Bedenkzeit, ob er in der DDR bleiben will
oder nicht. Wenn er zurück geschickt werden
sollte dann macht das ihm gar nichts.
In dem Falle würde seine Verlobte sofort
einen Antrag auf Ausreise mit der BRD
stellen.
Der [redacted] hat auch Adressen mit
anderen Heimbesuchlern ausgetauscht,
um sich später gegenseitig besuchen zu
können; so sagte er.
9.10.72 10 Traut

-184-

BSIU
000200

Barby d. 23. 9. 72 Ha

Der Mann mit dem roten Tosa-Capit...

Der Name dieses Mannes ist [redacted], so möglichen in diesem
Bericht betonen nach seinen Angaben [redacted] aus
[redacted] und hat vor ca. einem Jahr, auf Grund
eines Ausreiseantrages die DDR verlassen. [redacted] ist nach Hannover um-
gesiedelt. Er hätte, seinen eigenen Angaben nach, einen Ausreise-
antrag zurück ziehen wollen, was aber in dem Behörden der DDR abge-
lehnt wäre. Er meinte, den Antrag hätte er zurückziehen wollen, weil
er ein Mädel, ich glaube in [redacted] kennengelernt habe.
Meine Einschätzung nach ist [redacted] sehr arrogant und wirft
alles besser. Zeitweilig sagt er auch, daß es hier in der DDR noch
an vielem mangelt. Zum Beispiel, taue manche Waise nichts, die
meiste Waise hier in der DDR wäre die alte Waise, wäre gar nichts
wert. Aber eben die Waisenkinder wären eben sehr teuer, dagegen
die Grundnahrungsmittel und Mehl wieder sehr billig.
Wäre Ausföhrungen kann ich der Teil noch nicht machen

KOPIL

6.2. Der „Vorlauf-Operativ“ – Ermittlungen wegen *Schleusung*

Eine zufällige Begegnung man 7. März 1970 wäre einem westdeutschen LKW-Fahrer fast zum Verhängnis geworden. Auf der Autobahn Berlin-Helmstedt trampelte eine junge DDR-Bürgerin, sie wollte nach Magdeburg. Doch die Reise führte sie weiter, Richtung Bundesrepublik. Der LKW-Fahrer „schleuste“ sie in die Bundesrepublik. Im Juni 1974 kehrte die A. B.²⁹⁹ in die DDR zurück und wurde zwecks Aufnahmeverfahrens im ZAH Barby eingewiesen. Bei den Verhören durch die Sicherheitsorgane erfuhren diese von den näheren Umständen des *ungesetzlichen Grenzübertritts* der damals Minderjährigen und zogen daraus den Schluss, dass gegen den *Schleuser*, so der DDR-Bürokratie-Ausdruck, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden müsste.

Die A. B. hatte nach einer (illegalen) Betriebsfeier zum Frauentag 1970 eine Auseinandersetzung mit ihren Eltern, weil sie sich betrunken hatte und von ihrem Vater abgeholt werden musste. Da sie einem weiteren Konflikt aus dem Wege gehen wollte, stahl sie sich aus der Wohnung und wollte eine Zeitlang in Magdeburg verweilen. Doch auf dem Weg dorthin traf sie, wie schon erwähnt, auf den westdeutschen LKW-Fahrer, der sich auf dem Transit von Westberlin in die Bundesrepublik befand. Sie stieg ein und während der Fahrt fragte er, ob sie Verwandte im Westen hätte. Sie hatte einen Onkel in der Schweiz. Und der Fahrer, so die A. B. während einer Befragung am 17. Juli 1974 durch die Staatssicherheit im ZAH, hätte sinngemäß gesagt: *dann können wir dich ja gleich mit rüber nehmen, da die Kontrollen an der GÜSt. Marienborn nur oberflächlich geführt werden.*³⁰⁰ Spontan und erst nach diesem Angebot entschied sie sich für die Flucht, ohne die Gefahr abzuwägen. Aber alles geht gut. Unter Decken in der Fahrerkabine versteckt, gelangt A. B. in die Bundesrepublik.³⁰¹ Der genaue Ablauf der Flucht interessierte die Sicherheitsorgane, sowohl Polizei als auch Staatssicherheit, immer wieder. Schließlich erwarten sie sich von den Aussagen nicht nur Hinweise auf Mängel im Grenzregime, sondern auch, ob der Geflüchteten oder ihrem Helfer strafrechtliche Vorwürfe gemacht werden konnten. Nachdem zunächst die Arbeitsgruppe der VP im Heim die Befragungen durchgeführt hatte, übernahmen ab Anfang Juli die Mitarbeiter der BV Magdeburg, Abteilung VII/3 im ZAH die weiteren Befragungen und Ermittlungen. Dabei konzentrierten sie sich auf die näheren Umständen der Flucht, vor allem versuchten sie, die

299 A. B. ist eine vom Autor gewählte Abkürzung. Aufgrund des Stasi-Unterlagengesetzes wurden die Akten geschwärzt und geben so keine Auskunft über die Person.

300 BStU Ast. Magdeburg, AOP 1888/75, Bd. 1, Blatt 40.

301 Vgl. ebenda, Blatt 37ff.

Anschrift des „Fluchthelfers“ zu erhalten. Denn die Rückkehrerin hatte bei ihren Vernehmungen angegeben, *daß er (der LKW-Fahrer – J. M.) schon mehrere Personen aus der DDR ... ausgeschleust hat und dafür sehr viel Geld erhalten habe. Er ließ in diesem Zusammenhang noch die Bemerkung fallen, da sich 'dieses Geschäft lohnen würde' und ... dabei auf seine neue, moderne Wohnungseinrichtung verwies.*³⁰² Für die Staatssicherheit somit ein Hinweis auf *staatsfeindlichen Menschenhandel*, einem in den Augen der DDR-Behörden schwerwiegenden Verbrechen. Hinzu kam die Aussage der A. B., der LKW-Fahrer hätte von ihrem Onkel Geld bekommen.³⁰³ Um die Tathinweise erhärten zu können, legten die Mitarbeiter der Staatssicherheit im Heim einen *Maßnahmenplan* zur weiteren Bearbeitung fest. Darin wurde unter anderem festgelegt, dass die A. B. *mittels IM bzw. Kontaktpersonen unter Kontrolle* zu halten sei.³⁰⁴ Des weiteren erwog die Abteilung VII/3 der BV Magdeburg, einen *IM der Äußeren Abwehr zur Aufklärung der Person* (des Fahrers; der Autor) *im Operationsgebiet* (sprich: Bundesrepublik Deutschland) einzusetzen.³⁰⁵ Für die Zeit nach der Einweisung der A. B. in die DDR zu ihren Eltern legte die Abteilung VII/3 weiterhin fest, dass sie auch nach der Einweisung mittels IM am Wohnort unter Kontrolle gehalten werden sollte, außerdem wurden Telefonapparat sowie die Post der A. B. und ihrer Eltern einer Kontrolle unterzogen, um weitere Hinweise zur Erhärtung des Tatverdachtes zu erlangen.³⁰⁶ Und sogar am Wohnort des LKW-Fahrers, also im Operationsgebiet (Bundesrepublik Deutschland), zog die Stasi Erkundungen ein. Ein Bericht, unterzeichnet von einem Hauptmann Reinhold, erstellt am 2. Januar 1975, berichtet so Belangloses wie: *Am Dienstag befand er (der Fahrer; der Autor) sich in seiner Wohnung und verrichtete häusliche Arbeiten mit seiner Frau.*³⁰⁷ Neues hatte der Beobachter der Stasi nicht zu berichten, dennoch schien der Staatssicherheit kein Aufwand zu gering, um den Tatverdacht gegen den *Fluchthelfer* zu erhärten.

Die Staatssicherheit kam in ihren Ermittlungen zum Schluss, dass die A. B. ihre Flucht nicht geplant und organisiert hatte, sondern ein Zufall ihr zu Hilfe kam. In einem Sachstandsbericht der Abteilung VII/3 werden als Beweise dafür genannt, dass das *Subjekt* (die A. B. – J. M.) *... nicht den politischen, ökonomischen und militärischen Voraussetzungen (entspricht), an denen der*

302 Ebenda, Blatt 135.

303 Vgl. ebenda, Blatt 132ff.

304 Ebenda, Blatt 151.

305 Ebenda.

306 Vgl. ebenda, Blatt 161ff.

307 Ebenda, Blatt 216.

*Feind interessiert ist.*³⁰⁸ Weitere Beweise waren, dass sie keinerlei Vorbereitungen für eine Flucht getroffen und auch keinerlei Kleidung, Ausweise oder Unterlagen mitgenommen hatte. Sie handelte in den Augen in einer Ausnahmesituation nach der aus dem Ruder gelaufenen Frauentagsfeier und der daran anschließenden Auseinandersetzungen mit den Eltern. Dem LKW-Fahrer und dessen Beifahrer glaubten die Staatssicherheitsbeamten aber dennoch einen strafrechtlichen Vorwurf machen zu können. Es bestand *der dringende Verdacht zur Durchführung einer Ausschleusung unter Mißbrauch der Transitwege*³⁰⁹. In den Augen der Abteilung VII war somit der Straftatbestand *Beihilfe und Anstiftung zum „ungesetzlichen Grenzübertritt“* (§ 213 StGB der DDR, besonders schwerer Fall) erfüllt. Hinzu kam der Verdacht, der LKW-Fahrer hätte sich nach § 105 StGB dem *staatsfeindlichen Menschenhandel* strafbar gemacht. Dabei stützte sich die Staatssicherheit einzig und allein auf die Aussagen der Rückkehrerin in ihren Vernehmungen. Dabei hatte sie angegeben, der Fahrer hätte dies bereits öfter getan und könne davon gut leben. Objektive Beweise hatte das MfS nicht und dies räumte sie auch ein. In dem Sachstandsbericht hieß es, dass *die erforderliche Beweisführung zum derzeitigen Zeitpunkt ... nicht erbracht werden kann.*³¹⁰ Dennoch schlug der Bearbeiter des Falles, Major Findewirth vor, einen *Fahndungsvorgang* gegen den LKW-Fahrer einzuleiten, da in jedem Falle ein *dringender Verdacht* im Sinne der §§ 213 und 105 vorlag.³¹¹

Auch die Abteilung IX der BV Magdeburg vertrat diese Ansicht. Sie schätzte am 24. März 1975 ein, *daß der BRD-Bürger ... der Beihilfe zum ungesetzlichen Grenzübertritt im schweren Fall verdächtig ist, indem er am 7. 3. 1970... während einer Transitreise von Berlin/West nach der BRD in der Fahrerkabine des von ihm gefahrenen LKW die ... (A. B.) versteckte und über die Grenzübergangsstelle Marienborn/Autobahn ausschleuste.*³¹² Einen Straftatbestand nach § 105 sah man nun jedoch nicht mehr als erfüllt an, da keine Beweise dafür erbracht werden konnten. Die Abteilung IX schlug vor, ein Ermittlungsverfahren gegen den LKW-Fahrer einzuleiten und ihn gleichzeitig von der Magdeburger Staatsanwaltschaft zur Fahndung und Verhaftung ausschreiben zu lassen.³¹³ So wurde am 3. April 1975 der *Vorlauf-operativ* „Fuchs“ angelegt und von der Abteilung VII/3 an die Abteilung IX überge-

308 Ebenda, Blatt 222.

309 Ebenda.

310 Ebenda, Blatt 223.

311 Vgl. ebenda, Blatt 218ff.

312 Ebenda, Blatt 229.

313 Vgl. ebenda, Blatt 225ff.

ben. Doch am 8. Oktober 1975 teilten die Kollegen der Abteilung IX mit, dass eine Festnahme/Verhaftung des LKW-Fahrers nicht durchgeführt wurde und auch nicht durchgeführt werden kann, *da eine derartige Fahndung wegen begangener Beihilfe zum ungesetzlichen Grenzübertritt vor Inkrafttreten des Transitabkommens*³¹⁴ *nicht praxisüblich war und gemäß der DA 6/75 des Genossen Ministers ... nicht möglich ist.*³¹⁵ 1970 gab es also diesen Straftatbestand nicht, eine Verfolgung war der Staatssicherheit in diesem Falle nicht möglich, daher wurde die Akte „Fuchs“ am 21. 10. 1975 geschlossen.³¹⁶

6.3. Der IM „Anton“

30 Jahre arbeitete der IM „Anton“³¹⁷ treu und ergeben mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen, dabei fast 20 Jahre im Zentralen Aufnahmeheim Barby als Kriminaltechniker der AG der VP und führte in dieser Zeit ein IM-Netz. „Anton“ war ein Geheimer Hauptinformant (GHI) (später Führungs-IM). Er leitete dabei stets mindestens 2 IM an. Selbst als das Heim 1979 geschlossen wurde, diente „Anton“ weiterhin dem MfS, berichtete zunächst über das Staatliche Archivdepot und über die Kubaner, welche als Gastarbeiter in die DDR kamen und einen Teil des Schlosses bewohnten. Außerdem waren auch weiterhin Barbyer Bürger Zielscheibe seiner Bespitzelungen. So, wie es das MfS von ihm verlangte und er machte mit, freiwillig. Nachdem er für das MfS als FIM unnütz geworden war, da seine Arbeitsstelle nicht mehr bestand und auch seine IM keine entsprechenden Informationen mehr liefern konnten, legte die Abteilung VII der BV Magdeburg den IM-Vorgang „Anton“ zu den Akten, bediente sich seiner aber weiterhin als GMS. Er lieferte also freiwillig weitere mehr oder weniger wichtige Informationen den MfS-Mitarbeitern. Er selbst hatte in seiner Zeit als FIM neben seinen IM auch mehrere GMS geführt.

Angelegt wurde der IM-Vorgang „Anton“ am 9. September 1950, als sich der damalige Transportpolizeimitarbeiter zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit bereit erklärte. Bis zu seiner Versetzung in das Zentrale Aufnahmeheim Barby im August 1960 arbeitete er für das VPKA Genthin, zeitweise als ABV und später in der Aufnahmestelle für Rückkehrer und Zuziehende in

314 Das Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde am 17. Dezember 1971 unterzeichnet und trat am 3. Juni 1972 in Kraft.

315 Ebenda, Blatt 260.

316 Vgl. ebenda, Blatt 261ff.

317 Der Klarnamen des IM ist dem Autor bekannt. Da er für die wissenschaftliche Forschung unerheblich ist, wird er weggelassen.

Oebisfelde. Nach 2 Jahren als IM konnte er einen ersten „Erfolg“ für sich verbuchen. Durch seine Hinweise nahm da MfS einen Angehörigen der Volkspolizei fest, der dann wegen *antidemokratischer Tätigkeit* zu 2 Jahren Haft verurteilt wurde.³¹⁸ Zeitweise stellte er auch seine Wohnung für konspirative Zwecke dem MfS zur Verfügung. Nach seiner Versetzung in das ZAH Barby nahm am 21. Januar 1961 ein Mitarbeiter der Abt. VII der BV Magdeburg zu ihm Kontakt auf, um „Anton“ auf seine Arbeit als Geheimer Informant³¹⁹ vorzubereiten. Bereits vier Monate später stieg er zum GHI, also zum Hauptinformanten mit eigenem IM-Netz, auf. Der *treu ergebene Genosse unserer Partei* hätte laut einem Auskunftsbereich vom 6. Mai 1961 anlässlich seiner Umregistrierung bewiesen, dass die *Partei* (ihm – J. M.) *alles* bedeutete. Zum Vorteil in den Augen des MfS gereichte „Anton“ auch, dass er in der Lage war, *mit den Menschen in der richtigen Form zu sprechen, um bestimmte Dinge zu erfahren, ohne das die Betroffenen darauf aufmerksam werden, um was es sich handelt*.³²⁰ Der IM stellte somit einen Garanten für eine gute Zusammenarbeit dar und qualifizierte sich so zum Hauptinformanten. Noch im 2. Quartal 1961 wurden ihm zwei IM *übergeben*, dabei handelte es sich mit GI „Isolde“ und „Kontakt“³²¹ um zwei Mitarbeiter der Kriminalpolizei im Heim, beide waren Mitarbeiter in der Schicht von „Anton“, was die Zusammenarbeit und Kontrolle erleichterte. Als Hauptaufgaben benannte das MfS für den nunmehr GHI „Anton“, dass dieser die Befragungen der Übersiedler *im Interesse des MfS* durchführen sowie Kontaktpersonen und GI-Kandidaten suchen sollte. Hinzu kam die Beobachtung der Stimmung unter den Volkspolizisten.³²² Der Perspektivplan für „Anton“ beschrieb seine Aufgaben noch genauer, so hatte er herauszufinden, in welchen Gaststätten die Genossen der Volkspolizei in ihrer Freizeit verkehrten und mit wem sie Kontakt, welche Gesprächsthemen sie hatten. Außerdem waren Barbyer Bürger Zielscheibe seiner Bespitzelungen, ebenso Heimangestellte. Die Staatssicherheit führte trotz der mehrfach beschriebenen Ehrlichkeit des GHI „Anton“ Überprüfungen des Spitzels durch, wobei die IM seines Netzes dabei u. a. Einschätzungen zu ihrem GHI schrieben.³²³

Das IM-Netz scheint alles in allem eine recht befriedigende Arbeit geleistet zu haben, so führte der Hinweis von „Anton“ am 12. Juli 1961 zur Festnah-

318 Vgl. BStU, Außenstelle Magdeburg, AIM 185/65, Bd. 1, Blatt 102.

319 Geheimer Informant (GI) war die Vorläuferbezeichnung für Inoffizieller Mitarbeiter.

320 Ebenda, Blatt 104.

321 GI „Isolde“ arbeitete als Vernehmer, GI „Kontakt“ war als Kriminaltechniker tätig. (Vgl. ebenda, Blatt 105.)

322 Vgl. ebenda, Blatt 106.

323 Vgl. ebenda, Blatt 109ff.

me eines desertierten und nun unter falschem Namen zurückgekehrten NVA-Soldaten.³²⁴ Doch die Staatssicherheit musste bald einsehen, dass „Anton“ seiner Aufgabe nicht ganz gewachsen war, besonders IM „Isolde“ erbrachte nicht die erwarteten Ergebnisse. So, dass er nunmehr ein IM-Netz im BS-Kommando aufbauen sollte, denn „Isolde“ sei „Anton“ geistig überlegen und somit nicht beeinflussbar.³²⁵ Doch zu dem angestrebten GI-Netz von mindestens 4 Informanten im BS-Kommando kam es nicht. Er steuerte zwei Jahre später nur einen GI im BS-Kommando und einen in der Abteilung der Kriminalpolizei.³²⁶ Doch an seinen Aufgaben änderte sich nichts, wie der Einsatzplan für den nunmehr FIM „Anton“ vom 14. September 1970 verrät. So hatte er *Lage und Stimmung unter den Genossen der DVP, den Heimangestellten, den Heimbewohnern und den Bewohnern des Ortes Barby sowie des Personenkreises an seinem evtl. Einsatzort außerhalb des Aufnahmeheimes*³²⁷ zu berichten. Des weiteren sah sein Aufgabenplan vor, Befehle und Weisungen der VP sowie Anordnungen der Heimleitung an das MfS weiterzugeben. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete „Anton“ mit den Inoffiziellen Mitarbeitern für Sicherheit (IMS) „Eiche“ und „Ingeborg“³²⁸ zusammen und dies bis zum Ende seiner Tätigkeit im ZAH Barby. Er erhielt ab Oktober 1970 *für seine inoffizielle Arbeit mit einem IM-System einen monatlichen Betrag von 100,- Mark*³²⁹ Auch sonst entlohten ihn seine Auftraggeber mit Prämien für gute Dienste. So verzeichnet der Band 2 seiner IM-Akte 231 Seiten mit Quittungen über geleistete Zahlungen durch das MfS an „Anton“. Er erhielt z. B. zum 20. Jahrestag der DDR-Gründung 200,- Mark oder anlässlich seiner 25-jährigen IM-Tätigkeit 1975 750,- Mark.³³⁰ (Dok. 20)

Nichtsdestotrotz musste das MfS die Zusammenarbeit mit ihrem FIM „Anton“ beenden, da aufgrund der verschwindend geringen Übersiedlerzahlen 1979 das ZAH Barby geschlossen wurde und er die gestellten Aufgaben nicht mehr erfüllen konnte. Seine Arbeit bis dahin schätzte die Staatssicherheit als positiv ein. Die *Bestandsaufnahme* des FIM „Anton“ vom 4. Juni 1980 bescheinigte ihm, *bestimmte Mißstände in der Führungs- und Leitungstätigkeit in der Arbeitsgruppe K und BS-Kdo. aufgedeckt und Maßnahmen zur Be-*

324 Vgl. ebenda, Blatt 115.

325 So in einer Einschätzung vom GHI „Anton“ vom 20. Dezember 1963. (Vgl. ebenda, Blatt 133.)

326 Vgl. ebenda, Blatt 158.

327 Ebenda, Blatt 174.

328 Vgl. ebenda, Blatt 176.

329 Ebenda, Blatt 177.

330 Vgl. ebenda, Bd. 2, Blatt 153 und 240.

seitigung eingeleitet zu haben. Weiterhin hieß es: *im Ergebnis dieser Arbeit war es auch möglich, Unsicherheitsfaktoren festzustellen und aus dem Personalbestand zu entfernen, wobei der FIM einen entscheidenden Anteil hat.*³³¹ Abschließend stellte man fest, *daß vom FIM die an ihn gestellten Aufgaben mit großer Einsatzbereitschaft und in guter Qualität bewältigt* worden waren.³³² Die Arbeit als Informant für die Staatssicherheit nahm „Anton“ sehr ernst und berichtete sogar über Vorfälle außerhalb seines Aufgabebereiches. So übergab er bereits beim ersten regulären Treffen (Dok. 21) mit dem zuständigen MfS-Mitarbeiter am 3. Februar 1961 einen Bericht über einen Selbständigen in Oebisfelde, wo „Anton“ zuvor gearbeitet hatte. Außerdem äußerte er sich abfällig über einen Mitarbeiter der K, welcher einen *schlechten Leumund* hätte, hinzu kam, dass er in den Augen von „Anton“ ohne klare politische Haltung war. Auch sonst war er stets auskunftsfreudig, berichtete über Genossen der K und Heimangestellte, über Treffen von Bürgern der Bundesrepublik und DDR-Bürgern, die Westverbindungen eines ABV. Zum Teil wurde „Anton“ direkt beauftragt, einen oder mehrere Mitarbeiter der K zu beobachten und einzuschätzen, solche Aufträge erhielten auch die GI/IM seines Netzes. Mit seinen GI/IM hatte sich „Anton“ alle 14 Tage zu treffen und sie in ihrer Arbeit anzuleiten. Danach verfasste er einen Treffbericht, den er seinem MfS-Mitarbeiter übergab. Die Aufträge für die GI/IM erhielt „Anton“ jeweils von der Staatssicherheit. Doch die Zusammenarbeit mit den GI verlief zum Teil stockend, besonders GI „Isolde“ machte dem GHI „Anton“ zu schaffen, mal erschien er nicht zu einem Treffen oder hatte die Aufgaben nicht oder nur teilweise erfüllt. Dieses Problem zog sich über mehrere Jahre hin, wobei die Staatssicherheit auch an den Abbruch des Kontaktes zu „Isolde“ dachte.³³³ Ebenso machte später der IM „Eiche“ ähnliche Probleme, seine Arbeit wurde aber zum Teil auch als *sehr aktiv* eingeschätzt. Ebenso verhielt es sich mit GI „Kontakt“, welcher seine Aufgaben nur zum Teil erfüllte. (siehe S. 147, 148) „Kontakt“ bespitzelte Kollegen der Arbeitsgruppe der VP im ZAH, so hatte er im Frühjahr 1962 einen Genossen der Abt. PM genau zu beobachten. Er sollte über die politische und arbeitsmäßige Einstellung, die gesellschaftliche Tätigkeit im Wohngebiet, dessen Leumund, Familienverhältnisse, Charaktereigenschaften sowie dessen Umgang im Wohngebiet und am Arbeitsplatz berichten.³³⁴ Neben der Beobachtung der eigenen Arbeitskollegen sowie der Heimangestellten war

331 Ebenda, Blatt 294.

332 Ebenda, Blatt 295.

333 Vgl. ebenda, Bd. 3, Blatt 89ff.

334 Vgl. ebenda, Bd. 4, Blatt 20.

ein wichtiges Einsatzgebiet die Arbeit mit den Rückkehrern und Zuziehenden (siehe S. 146, 147), zum einen hatte „Anton“ Einfluss darauf zu nehmen, dass sich die Vermehrungstätigkeit und die Kontrolle und Bearbeitung der Übersiedler verbesserte, zum anderen suchte „Anton“ unter den Übersiedlern geeignete Personen, die sich als Zuträger für die Staatssicherheit eigneten. In den Akten von „Anton“ finden sich zahlreiche Vorschläge zur Gewinnung von solchen *Kontaktpersonen*. Die Arbeit mit den Kontaktpersonen sowie die Verbesserung der Arbeit der VP diente in den Augen des MfS der Gewährleistung *größtmöglicher Sicherheit* für die DDR, *damit sich die Bevölkerungsstruktur der DDR nicht verschlechterte.*³³⁵ Von diesem Anliegen war scheinbar auch die Zusammenarbeit mit „Anton“ geprägt. Dabei machte er sich auch die Auskunftsfreudigkeit einiger Übersiedler zu nutzen. So sammelte er Berichte über militärische Vorgänge in der Bundesrepublik, welche er dann gleich der Staatssicherheit weitergab.³³⁶ Als Kontaktpersonen schlug er meist solche Übersiedler vor, die eine positive Grundeinstellung zur DDR hatten³³⁷ oder anderweitig einsetzbar oder erpressbar waren, im April 1964 zum Beispiel eine Frau, die einen *leichtlebigen Lebensstil* pflegte und leicht Männerbekanntschaften schloss.³³⁸

Aber „Anton“ konnte durch den Wegfall seiner Dienststelle die Anforderungen an einen FIM nicht mehr erfüllen, außerdem sah die Staatssicherheit altersmäßige und gesundheitliche Einschränkungen. Doch auf eine Zusammenarbeit verzichteten beide Seiten nicht. Als Aufgaben kamen ihm nun zu, dass Bezirksheim Barby zu beobachten, welches sich bis zum Ende der DDR in Barby befand. Des weiteren sollte „Anton“ *zur Aufklärung der Umweltsphäre des Archivdepots* genutzt werden, das sich nunmehr auf dem Gelände des ZAH im Schloss Barby befand. Die Staatssicherheit begründete dies damit, dass *das Archivdepot Barby ein Objekt des Mdl war und nicht auszuschließen ist, daß es den Angriffen feindlicher Dienststellen ausgesetzt sei.*³³⁹ Weiterhin hatte er ein Auge auf die Barbyter Bevölkerung zu werfen und außerdem die zeitweise im Schloss wohnenden und in Schönebeck arbeitenden Kubaner unter Kontrolle zu halten.

335 Ebenda, Bd. 5, Blatt 16.

336 Vgl. ebenda, Blatt 112f.

337 So schlug „Anton“ am 3. Oktober 1963 einen Übersiedler als Kontaktperson vor, der sich *freute*, DDR-Bürger zu werden und außerdem bereit war, in Funk und Fernsehen über die *schlechten Verhältnisse in DW* (Deutschland-West) zu sprechen. (Vgl. ebenda, Blatt 125.)

338 Vgl. ebenda, Blatt 194.

339 Vgl. ebenda, Bd. 2, Blatt 295.

Barby, den 13.08.74

BerichtBetr.: Information über die Heimbewohner ██████████ u. ██████████ .

Am 13.8.74 im Zuge einer kriminalistischen Handlung im ZAH Barby/E wurde folgendes bekannt.

Der Heimbewohner ██████████ teilte Unterzeichneten unaufgefordert mit, daß der Heimbewohner ██████████ 900 DM illegal in die DDR einführte. Diese 900 DM hatte er im Schuh unter der Brandsohle u. im Hosensack versteckt. Die Brandsohle löste von der normalen Sohle steckte das Geld darunter und klebte die Brandsohle wieder an. Weiter löste er den Hosensack und versteckte einen Teil der 900 DM wie viel ist nicht bekannt im Hosensack, danach nähte er den Hosensack wieder fest. Bei der Kontrolle hätte man dieses Geld nicht gefunden. Er mußte damit bei der Einreise in die DDR durch die Kontrollorgane der DDR. Diese 900 DM hatte er bei der Verlobten in Wernigerode hinterlegt. Wenn er nach Wernigerode eingewiesen wird, dann will er gemeinsam mit seiner Verlobten die 900 DM im Inter-shop umsetzen.

Weite teilte ██████████ unaufgefordert mit, daß dem ██████████ bei der Kontrolle, an welcher Dieststelle wußte der ██████████ nicht, ein Notizbuch, worin Aufzeichnungen über ein Funkgerät eingetragen sind. Dieses Notizbuch kann ihm abgenommen werden, zumal er alle Aufzeichnungen über das Funkgerät im Kopf hat. In diesem Zusammenhang sagte der ██████████, daß der ██████████ noch ein Notizbuch über Aufzeichnungen eines Funkgerätes hat, dieses befindet sich bei seiner Verlobten in Wernigerode. Außerdem hatte der ██████████ in Wernigerode bei seiner Verlobten 5 Koffer, 1 Fotoapparat, 1 Fernglas. Wenn die Organe der DDR den Fotoapparat sehen würden, dann würden sie vermuten daß der ██████████ Spionage betreiben will, so sagte der ██████████ gegenüber dem ██████████ .

Im Verlauf der Unterhaltung sagte der ██████████ unaufgefordert, daß der Heimbewohner ██████████ sich äußerte, daß er nicht 9 Wochen im ZAH bleibt. Er würde sich genau den Zaun im ZAH Barby mehrere Tage ansehen bzw. beobachten, um dann illegal das ZAH zu verlassen. Bis nach Magdeburg würde der ██████████ kommen. Dort bekäme er durch „Käppeln“ Unterstützung, sie würden den ██████████ weiterhelfen.

Über den Zaun des ZAH könne er leicht drüber, zumal er Erfahrungen vom Grenzdurchbruch DDR-BRD hat. Weiter sagte der ██████████, wenn ██████████ in Haft kommt, dann würde er sofort die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR beantragen.

Wie gesagt teilte der ██████████ unaufgefordert diese Hinweise mit, er brachte sie glaubwürdig zum Ausdruck. ██████████ sagte noch, daß er der Kultursachbearbeiterin ██████████ bereits am 11.08.74 darüber informierte.

Anton³⁴⁰

Barby, den 26.9.74

Treffbericht

Am 25.9.1974 wurde mit dem FIM „Anton“ in der KW „Bootshaus“ in der Zeit von 17³⁰ – 20³⁰ Uhr der geplante Treff durchgeführt.

Der FIM erschien pünktlich zum Treff, irgendwelche Vorkommnisse beim Anlaufen der KW wurden nicht festgestellt.

Der FIM machte einen inneren ruhigen Eindruck, war mitteilnehmend und gab bei der Durchführung des Treffs wichtige Hinweise.

Während des Treffs fertigte der FIM einen Bericht über aufgetretene Mißstände bei der Benutzung seiner Mietwohnung.

Dieser Bericht wurde abschriftlich der ██████████ beigelegt, mit dem Ref. Ltr. Gen. Findewirth ist dieser Bericht zur Kenntnis zu geben und auszuwerten. Als Hauptproblem des Treffs stand die Verbesserung der inoffiziellen Informationstätigkeit der IMS „Eiche“ und „Kontakt“.

Durch den FIM wurde daraufhin erläutert, daß es insbesondere mit dem IMS „Kontakt“ weiterhin die Schwierigkeiten gibt und dieser uns auch nicht die Wahrheit sagt.

Er persönlich hat dies bereits zum wiederholten Male festgestellt. Insbesondere ist ihm das am 20.9.1974 bei der Festveranstaltung in der Magdeburger Stadthalle aufgefallen.

Dort saß der IMS „Kontakt“ und der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe - K - ██████████ zusammen an einem Tisch und der IMS hat sogar noch die beiden Plätze für den ██████████ aufgehoben.

Soll er aber über den ██████████ berichten, so stellt er sich jedesmal hin und sagt, daß er zu dem ██████████ keinen Kontakt mehr habe.

Desweiteren wurde festgestellt, daß von Seiten der Arbeitsgruppe - K - bei der Bearbeitung der Aufnahmeverfahren zu oberflächlich an die gesamten Probleme herangegangen wird.

Dem FIM wurde noch einmal erklärt und erläutert das sie als Mitarbeiter der - K -, als solche sind sie ja in ihren Wohngebieten bekannt, auf keinen Fall Kontakt zu Feinden bekommen.

340 BStU, Ast. Magdeburg, AIM 185/65, Bd. 8, Blatt 172-174

Ihre hauptsächlichste Aufgabe bei der Bearbeitung der Aufnahmeverfahren der R/Z besteht darin eine qualifiziertere Befragung durchzuführen, um in diesen Befragungen Feststellungen und Hinweise zu erarbeiten, die darauf schließen lassen, daß die bearbeitete Person Möglichkeiten und Voraussetzungen hatte, um mit feindlichen Dienststellen zusammen zu arbeiten.

Für ihn persönlich als Leiter des Kollektivs der IMS „Eiche“ und „Kontakt“ kommt es darauf an, Einfluß auch in inoffizieller Hinsicht zu nehmen, um von dieser Seite aus eine Verbesserung der Arbeit zu erreichen.

Der FIM brachte zum Ausdruck, daß auch er diese Probleme bereits festgestellt hat, besonders in Protokollen wo Befragungen durchgeführt wurden.

Die R/Z beantworten wohl die Fragen, geben auch noch einige andere Hinweise und der Befrager geht nicht näher auf die Probleme ein.

Für ihn persönlich sind die aufgeworfenen Probleme nicht neu, seiner Meinung haben die Quellen „Eiche“ und „Kontakt“ ebenfalls die Möglichkeit in dieser Beziehung qualifizierter zu arbeiten. Je gründlicher die Vorarbeit ist, um so eher können von unserer Seite Anzeichen einer feindlichen Tätigkeit erkannt werden.

Dem FIM wurden dann die weiteren Aufträge für die IMS „Eiche“ und „Kontakt“ für die zukünftige Arbeit erläutert.

Für beide kommt es darauf an auch mehr Informationen aus dem Wohngebiet und über Diskussionen unter den Heimangestellten dem FIM zu übergeben.

Dem FIM wurde auch noch einmal erläutert, daß er bei der Abverlangung der Berichte diese sofort schreiben lassen soll. Der FIM erklärte, daß er die gegebenen Hinweise in der weiteren Arbeit berücksichtigen wird.

Für den Monat Oktober wurde noch kein Treff vereinbart, da dem FIM der Dienstplan nicht bekannt war. Vom FIM wurde noch mitgeteilt, das der IM „Eiche“ zur Zeit erkrankt ist. Ihm ist nur bekannt geworden, daß der IM [REDACTED] haben soll. Ihm wurde aufgetragen, sich als Leitungsmitglied der Partei darum noch einmal zu kümmern und dem Unterzeichneten Bescheid zu kommen lassen soll.

Während des Treffs traten keinerlei besonderen Vorkommnisse in Kraft Erscheinung.

Müller (Oln.)³⁴¹

341 BStU, Ast. Magdeburg, AIM 185/65, Bd. 2, Blatt 187-190

244
152

Bordy dem 3. 2. 71

Olein

In Anbetrachtung meiner Zusammenarbeit mit dem HfS sind die folgenden Möglichkeiten der Person - keine mit HfS oder dem HfS Bordy/12 werden. Die Aussage der mit mir zusammen arbeitenden HfS - enthält die HfS würde sich an - Leipzig, der Bordy am 20. März 1971. Bordy am 20. März 1971 mit einer f. ed. prämierte in Höhe von 150,- M - (Befragungspreis) beigefügt ist.

Bordy

KOPIE BStU

Am heutigen Tage wird die FIM „Eiche“ Rep. Nr. 5321/65 an Bordy dem 20-jährigen Sohn des HfS für seine Verdienste bei der Arbeit an der HfS mit dem HfS mit 150,- M. angerechnet.

Stawitz

97/71

Dokument 20: BStU, Ast. Magdeburg, AIM 185/65, Bd. 2, Blatt 159, 240

226

Leitz, den 26. 09. 75

Cl. W. Hennig

BSStU
000240

Im vergangenen Tage wurde von einem
Offizier der NfS aus K...
Befragung durchgeführt. Zusammenfassend sind
aus der Befragung für den NfS...
Ergebnisse zu entnehmen.
750,- 4 (Leitungsunterlagen) beigefügt
ausgegeben.

Müller

Barby, den 30. 9. 75

Beurteilung

Dem P. 117, "Leitz", Nr. 5329/69, wurde am
am 26. 9. 1975 ein Brief über die 25-jährige
Ermahnung an die Revolutionen für Struktur
steht als... für seine bisher geleistete Arbeit
eine Probe... Teile von

750,- 4 (Leitungsunterlagen) beigefügt

übergeben.

UHK: 6000

Müller (alt.)

744175 Or.

37

Abteilung - VII -
U. - Lt. H. H. H.

Barby den 6. 2. 1961

BSStU
000090

- T. r. e. f. f. b. e. r. i. c. h. t. -

Text: Durchgeführter Treff mit dem GI "Anton"

Am 3. 2. 1961 wurde mit dem GI "Anton" der vereinbarte
Treff in der Zeit von 14,00 - 16,00 Uhr im Dienstzimmer des
unterz. Sachbearbeiters durchgeführt. Der GI zeigte eine
ruhige und aufgeschlossene Haltung. Auf alle Fragen gab der
GI eine gute Auskunft.

Zu Beginn des Treffs wurde sich mit dem GI über aktuelle polit
Tagesfragen unterhalten. Damit verbunden wie ist der polit.-
moral. Zustand der Genossen der Abteilung - K - in A. - Heim.
Es muss beachtet werden, dass der GI hier unter den Volkspoli -
systemen als Parteisekretär tätig ist.

Der GI brachte zum Ausdruck, dass noch nicht alle Genossen
in der Lage sind politisch richtig zu denken. Er führte hier
besonders den Gen. K - Sachbearbeiter [redacted] an der die
Meinung ganz offen vertritt nicht die Partei mit ihm zur
Abteilung - K - versetzt sondern er ist freiwillig dorthin
gegangen. Ganz offen sprach der GI an, dass mit den Genossen
der WP in der zurückliegenden Zeit noch wenig politisch gear -
beitet wurde. Dies kommt besonders in der Form zum Ausdruck,
dass die Befragungen wiederholt oberflächlich sind und auf
konkretere Dinge nicht eingehen. Dieses wirkt sich dann so
aus, dass die Genossen die Befragung noch einmal machen müssen
was dann zu bestimmten Diskussionen führt. Auf der anderen
Seite muss man aber auch sehen, dass viele Genossen erst eine
kurze Zeit in der Abteilung - K - tätig sind und das nötige
Wissen bei der Befragung noch fehlt.

Im weiteren Verlaufe des Treffs wurde sich mit dem GI darüber
unterhalten wie wir es uns denken die Arbeit hier in seiner
Eigenschaft als Arbeitsgruppenleiter - K - durchzuführen.

- 2 -

Dokument 21: BStU, Ast. Magdeburg, AIM 185/65, Bd. 2, Blatt 90-92

(2)

000091

Als wichtigste Aufgabe wird es in Zukunft sein, alle Diskus - sionen und Gespräche der Genossen - K - welche einen negativen Charakter tragen sofort zu berichten. Sei es jetzt auf der Ebene der Befragung, des eigenen Lebens oder solche die das MfS irgendwie negieren wollen. Ziel muss es besonders hier bei sein, festzustellen wie ist die wirkliche Einstellung der Genossen zu unserem Staat. In diesem Zusammenhang ist auch die Fragen Verbindungen nach W.- Berlin und W.- Deutsch - land zu sehen.

In Fortsetzung dieser Unterhaltung führte der GI den Gen.

an. Gen. an. verh., obfalls - K - im Aufnahmeheim. Bekannt ist aber, dass der keinen positiven Leumund besitzt. Es ist in Barby bekannt, dass er zu allen Gaststättenleitern gute Verbindung hat.

selbst hat so berichtete der GI keine klare politische Meinung und es sieht so aus, dass der den ohne weiteres beeinflussen kann. ist in Barby unter den Namen bekannt.

Weiterhin wird der GI die Aufgabe haben alle Befragungen so weiterzuleiten, dass keine Beanstandungen mehr gegeben werden brauchen. Bei einem nicht so grossen Adrank und je nach der Situation wird er einen guten Genossen der - K - damit beauftragen bestimmte Personen die für uns von operat. Wichtigkeit sind fix und fertig zu befragen. Dies trifft besonders in der Form zu, bei ehemalige VP, NVA, DGP usw. Angehörige. Dem GI ist der Weg eines R.- Flüchtigen in den Lager W.- Berlin - Marienfelde genauestens bekannt.

Eine weitere Aufgabe des GI wird es sein auch weiterhin über bestimmte wichtige oper. Dinge d.H. Gespräche mit anderen Personen im Wehgebiet, Zug usw. zu berichten.

Der GI war und ist damit einverstanden. Selbstverständlich konnten nicht alle Dinge konkret gemacht werden so dass es sich bei den o.g. nur um die Hauptfragen handelt.

- 2 -

(2)

ES:U
000092

Es ist hierbei noch zu sagen, dass der GI vorbereitet wird in Zukunft als GHI für uns zu arbeiten. Der GI so konnte an Hand der P-Akte und auch der A.-Akte eingeschätzt werden ist dazu in der Lage. Politisch gesehen liegen bei dem GI keine Bedenken vor.

Letzter Auftrag

Der GI hatte keinen besonderen Auftrag. Er übergab beim Treff einen operativen Bericht über den selbständigen aus Oebisfelde.

Massnahmen

Der Bericht wird insgesamt zwei Mal abgeschrieben. 1 Abschrift erhält die KD Oebisfelde.

1 Abschrift die SW Halle Abteilung - VII - da der Sohn bei der in Halle ist.

Neuer Auftrag

Der GI erhielt nach deutschprache folgenden Auftrag:

1. Er wird bis zum nächsten Treff einen eingehenden Bericht über den Genossen - K - und schreiben.
2. Weiterhin wird er eine Einschätzung nach den ihm bekannten Punkten über den Gen. erarbeiten.

Nächster Treff:

Der nächste Treff findet am 10. 2. 1961 um 10,00 Uhr im Dienst zimmer statt. Es ist jedoch vorgesehen die Treffs mit dem GI in der KW " Wolf " durchzuführen.

(H a m a n n)

U.-Ltn.

gesehen. fischer
U.-Ltn.

Quellenverzeichnis

Quellenverzeichnis der benutzten Akten (die aus den Akten entnommenen Schriftstücke sind nicht einzeln aufgezählt)

1. Bundesarchiv Berlin

Bestand 34.0 (Mdl/IA):

18771, 18769, 23865, 23881, 27014, 27027, 28416, 31857, 31858, 32159, 32160, 32161, 32174, 32175, 54135,

Bestand 2.2 (Weisungsbestand des Ministers):

16/4, 58717, 58949, 61999, 62051,

2. Landesarchiv -LHA- Magdeburg

Bestand Rep. M1 RdB/BT:

3529, 3565, 3566, 3570, 3573, 5085, 7683, 7684, 7686, 16058, 16112, 16118, 16831,

Bestand Rep. M 24 BDVP 1952-60:

240,

Bestand Rep. M 24 BDVP 1961-1975:

787, 808, 822,

3. BStU

Außenstelle Magdeburg:

526, 527, 528, Objektvorgang 1800/60 (Nr. 648/7), AIM 186/65 (Bände 1-5), AOP 1888/75 (Band 1), OPK 1330/80 (Bände 1-4), AOP 190/59,

Zentralarchiv

MfS-BdL 002041, 002048, 002049, 011211, 011359, 011366,

MfS-ZKG 8406,

JHS MF Z.-Tagb.Nr. 333/66, 688/64, 820/61,

JHS VVS 93/68, 566/74, GVS 125/75

Abkürzungsverzeichnis

ABV	Abschnittsbevollmächtigter
AG	Arbeitsgruppe
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe
BArch	Bundesarchiv
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BGS	Bundesgrenzschutz
BH	Bezirksheim
BND	Bundesnachrichtendienst
BS	Betriebsschutz
BV	Bezirksverwaltung des MfS
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer
DA	Dienstanweisung
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund (der DDR)
DV	Dienstvorschrift
DVP	Deutsche Volkspolizei
EV	Ermittlungsverfahren
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Führungs-IM
GHI	Geheimer Hauptinformant
GI	Geheimer Informant
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GÜST	Grenzübergangsstelle
HO	Handelsorganisation (eine Einzelhandelskette der DDR)
IA	Innere Angelegenheiten
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

IMV	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung, wurde 1979 durch die Kategorie IMB abgelöst
K	Kriminalpolizei
KD	Kreisdienststelle des MfS
LHA	Landeshauptarchiv
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MAD	Militärischer Abschirmdienst
Mdi	Ministerium des Innern der DDR
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
NAL	Notaufnahmелager
NAV	Notaufnahmeverfahren
ND	Neues Deutschland (Zentralorgan der SED)
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NVA	Nationale Volksarmee
OPK	Operative Personenkontrolle
PM	Paß- und Meldewesen
R	Rückkehrer/-in
RdB	Rat des Bezirkes
RZ	Rückkehrer/Zuziehender
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
WB	Westberlin
WD	Westdeutschland
Z	Zuziehende/-r
ZAH	Zentrales Aufnahmeheim

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Magdeburg der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, des Bundesarchivs Berlin und des Landesarchivs Magdeburg.

Impressum

Jens Müller: Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys
(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 15)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Oktober 2000

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg - Arbeitsverwaltung